KURZPROTOKOLL

der 44. Sitzung des Agrarausschusses
am Donnerstag, dem 23. Januar 2014, 9.00 Uhr
Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Prof. Dr. Fritz Tack

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Gesetzes über das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe
Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze**

- Drucksache 6/2330 -

Agrarausschuss (f)

Energieausschuss (m)

hierzu Ausschussdrucksachen 6/178, 6/189, 6/193, 6/194, 6/195, 6/197, 6/198,
6/199, 6/200, 6/205

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes über das Biosphärenreservat Flusslandschaft
Elbe Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze**
- Drucksache 6/2330 -

Vors. **Prof. Dr. Fritz Tack** erklärt, dass der Landtag den Gesetzentwurf, zu dem die Sachverständigen zur Anhörung geladen worden seien, während seiner 53. Sitzung am 13. November 2013 an den Agrarausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Energieausschuss zur Mitberatung überwiesen habe. Bis zum 27. November 2013 hätten daraufhin die Fraktionen ihre Fragestellungen dazu formuliert und ihre Vorschläge für Sachverständige benannt (ADRs. 6/178). Am darauffolgenden Tage, während seiner 41. Sitzung, habe der Agrarausschuss diese Unterlagen einvernehmlich (bei Enthaltung der Fraktion der NPD) bestätigt. Bis auf zwei Ausnahmen sei der Ausschuss in seiner Entscheidung frei gewesen, wen er habe anhören wollen. Diese seien die kommunalen Landesverbände, der Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindetag, die nach § 23 Abs. 4 GO LT in das Beratungsverfahren einzubeziehen seien, wenn kommunale Belange durch ein Gesetzgebungsvorhaben berührt würden. Das sei bei dem in Rede stehenden Gesetzentwurf der Fall. Über die während der Anhörung vertretenen Verbände, Institutionen und Körperschaften hinaus seien mit dem LUNG und dem StALU Westmecklenburg sowie der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern nachgeordnete Behörden des Agrarministeriums und ein unter der Aufsicht des Landes stehendes Unternehmen um die Abgabe schriftlicher Stellungnahmen gebeten worden. Der Grund dafür sei einfach: Als Institutionen der öffentlichen Verwaltung könnten diese auch während einer der nachfolgenden nichtöffentlichen Beratungen im Bedarfsfall einbezogen werden. Sofern eine Fraktion dies wünsche oder das Ministerium dies für nötig halte, werde entsprechend verfahren. Während der 41. Sitzung sei lange über den Umfang des Fragenkataloges diskutiert worden. Seiner Auffassung nach sei im Ergebnis ein recht guter Kompromiss gelungen, der den Informationsbedarf des Ausschusses als Ganzes recht gut abbilde.

Die Antworten auf den Fragenkatalog seien den Ausschussmitgliedern in fünf Tranchen am 10. Januar (ADrs. 6/189), am 15. Januar (ADrs. 6/193), am 16. Januar (ADrs. 6/194) sowie am 21. Januar 2014 (ADrs. 6/197) sowie als Tischvorlage (ADrs. 6/199) zugegangen. Er verweist darauf, dass die vom Ausschusssekretariat erarbeitete Zusammenstellung (ADrs. 6/195) vom 17. Januar 2014 die nachträglich eingegangene Stellungnahme des NABU nicht enthalte. Diese habe jedoch ihren Niederschlag in ADRs. 6/198 gefunden, die am Vortag sowohl als Papier als auch auf elektronischen Wege verteilt worden sei. Dieses Papier stelle gewissermaßen einen Vorgriff auf die Darlegungen des Ausschussvorsitzenden zum Beratungsverlauf dar, der Bestandteil von Beschlussempfehlung und Bericht zu dem Gesetzentwurf sei.

Vors. **Prof. Dr. Fritz Tack** legt weiter dar, dass alle Sachverständigen die von ihnen erbetenen Stellungnahmen – mit unterschiedlicher Termintreue – dem Ausschuss zugeleitet hätten. Zudem seien sie mit Ausnahme des Städte- und Gemeindetages der Einladung des Ausschusses gefolgt. Insofern seien die Voraussetzungen geschaffen, dass der Ausschuss „mit einer ausgewogenen Bewertung aus der Anhörung gehen könne“. In Bezug auf die „Formalien“ der Anhörung schlägt er zur Gliederung des Anhörungspensums nachfolgende Gruppierung der Sachverständigen vor:

1. Flächennutzer:

- Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern
(Vizepräsident Detlef Kurreck, Präsidiumsmitglied Jörg Haase),
- Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes
(Geschäftsführer Rechtsanwalt John Booth),
- Bauernverband Ludwigslust
(Vors. Dietrich Groth, GF Harald Elgeti)
- Hof Weitenfeld (Herr Peter Guhl) und
- den Tourismusverband Mecklenburg-Schwerin
(Vorstandsvorsitzender Rolf Christiansen)

2. Naturschutzverbände:

- den NABU, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Pressesprecherin Manuela Heberer) und
- Landesjagdverband (Vizepräsident Wilfried Röpert, GF Jürgen Behrens Wildschadensausgleichskasse)

3. Kommunale Interessenvertretungen:

- Landkreistag (Landrat Rolf Christiansen),
- Landkreis Ludwigslust-Parchim (Landrat Rolf Christiansen) sowie
- Stadt Lübbtheen (Bürgermeisterin Ute Lindenau)

Im Folgenden erläutert der Vors. das Anhörungsverfahren. Abschließend äußert er sich mit Blick auf die anwesenden Besucher „sehr überrascht über die große Resonanz“, auf die das Thema der Anhörung bei der interessierten Öffentlichkeit stoße.

Anhörungskomplex 1: Flächennutzer

Vizepräs. **Detlef Kurreck** (Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern – schriftliche Stellungnahme auf ADrs. 6/193) erklärt, aus der Sicht der berufsständischen Interessenvertretung sei es nachvollziehbar, dass aus Gründen der Zweckmäßigkeit und des Bürokratieabbaus ein einheitlicher Rechtsrahmen in Form eines Gesetzes geschaffen werden solle. Gleichwohl werde keine zwingende Notwendigkeit gesehen, in der Region des Mecklenburgischen Elbetals ein Biosphärenreservat zu errichten. Vielmehr werde den Bestimmungen der UNESCO mit dem gegenwärtig bestehenden Schutzstatus Rechnung getragen. Seiner Auffassung nach wäre es wesentlich einfacher möglich gewesen, Nachbesserungen vorzunehmen und so die Schutzziele nachhaltig zu sichern.

Mangelhafte Einbindung im Vorfeld des Gesetzentwurfes schmälert Akzeptanz bei den Betroffenen

Der Bauernverband habe vor Ort die Erfahrung machen müssen, dass von den betroffenen Landwirten, Grundeigentümern, Jägern, Unternehmern sowie Einwohnern keine zusätzlichen Verbote akzeptiert würden. Man laufe Gefahr, dass die diesbezüglich im Gesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen der Akzeptanz des gesamten Vorhabens abträglich seien. Ausgehend davon sehe man die Notwendigkeit, dass die Landesregierung auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen sollte. Er erinnert an die im Kreisstrukturgesetz im Jahr 2011 vorgenommenen Veränderungen, die bis dato noch keine Akzeptanz bei der Bevölkerung gefunden hätten. Seines Erachtens hätte daraus der Schluss gezogen werden müssen, die Betroffenen „frühzeitiger, besser und nachhaltiger mit auf den Weg der Entwicklung zu nehmen“. Der Bauernverband sehe dieses Erfordernis als nicht erfüllt an und lehne deshalb den Gesetzentwurf ab. Eine Zustimmung wäre allenfalls möglich, wenn die bereits derzeit starken Einschränkungen unterliegende Bewirtschaftung in der bisherigen Form fortgeführt werden könnte.

Bauernverband M-V: Gesetzentwurf gefährdet Regionalentwicklung

Vizepräs. **Detlef Kurreck** erklärt, der Bauernverband gehe davon aus, dass die in der Präambel des Gesetzentwurfes beschriebene „einzigartige Kulturlandschaft“ letzten Endes „nicht gottgegeben, sondern durch das Wirken von Generationen von Menschen entstanden sei“. Insofern sei die Region über Jahrhunderte hinweg einer durch den Menschen geprägten Entwicklung unterworfen gewesen. Es werde deshalb ein Bekenntnis als unabdingbar angesehen, dass auch zukünftig eine Entwicklung „nötig und möglich“ sein müsse. Mit der Art und Weise der mit dem Gesetzentwurf angestrebten Unter-Schutz-Stellung sehe man die zukünftige Entwicklung der Region als „nachhaltig gefährdet“.

Verordnungsermächtigung zur Zonierung des Biosphärenreservates

Der **Vizepräsident** bewertet es als „nicht nachvollziehbar“, warum das Parlament die Entscheidung über die Strukturierung des Biosphärenreservates in Kern-, Pflege- und Entwicklungszone nicht selbst treffen, sondern diese der Exekutive auf dem Verordnungswege überlassen solle. Die Rechtskonformität des Gesetzentwurfes sei insofern anzuzweifeln. Es werde grundsätzlich als fahrlässig angesehen, wenn das demokratisch gewählte Parlament seine Regelungsbefugnis aus der Hand geben würde.

Direkte und indirekte Folgen der Unter-Schutz-Stellung

Es werde als äußerst bedenklich angesehen, wenn diese großen Einfluss auf die Flächennutzung ausübende Entscheidung erst zu einem späteren Zeitpunkt nachträglich getroffen würde. Er unterstreicht, dass die Flächennutzer „eine Verlässlichkeit und Verbindlichkeit“ benötigten. Angesichts dessen, dass die Zonierung ein „substanzielles Gewicht für die damit verbundene Beschränkung habe, sehe man diese als „aufgeweicht“ an. Er spricht sich dafür aus, die Festlegung der Zonierung „konkret (flurstücksgenau) im Gesetz“ vorzunehmen. Wirtschaftliche Beeinträchti-

gungen ergäben sich für die Nutzer nicht nur auf den von der Unter-Schutz-Stellung betroffenen Flächen, sondern auch auf den angrenzenden Grundstücken.

Bauernverband M-V: Ablehnung der „Allzuständigkeit“ des AfBR

Vizepräs. **Detlef Kurreck** verweist darauf, dass bei der beabsichtigten Übertragung der Zuständigkeit für die Gewährung von Ausnahmen und Befreiungen auf das Amt für das Biosphärenreservat (AfBR) als untere Naturschutzbehörde diesem eine „Monopolstellung“ beigemessen werde. In diesem Falle wäre eine Beteiligung der Fachbehörden des Landes oder des Landkreises nicht mehr gegeben. Die Erfahrungen aus der Region des Biosphärenreservates „Schaalsee“ lehrten, dass es nicht unbedingt sehr „glücklich“ sei, wenn die Kompetenzen in einem Amt gebündelt würden. Er spricht sich dafür aus, die Strukturen der Verwaltung so zu gestalten, dass „einmal begangene Fehler nicht zum zweiten Mal gemacht“ würden. Biosphärenreservate zielten auf den Schutz der Kulturlandschaft, an deren Entwicklung die landwirtschaftlichen Betriebe großen Anteil hätten.

Bauernverband M-V: Gesetzentwurf gefährdet Zukunftsfähigkeit der Tierhaltung in der Region

Die Region des Biosphärenreservates „Flusslandschaft Elbe“ sei stark geprägt von der Tierhaltung. In anderen Regionen bemühe sich die Landespolitik, diesen Produktionszweig ausdrücklich zu fördern, weil dieser Arbeitskräfte binde und „Veredlung in der Region halte“. In dem Fall, wenn die vorgesehenen Einschränkungen Rechtskraft erhielten, würden diesem Wirtschaftszweig die Entwicklungsmöglichkeiten „abgeschnitten“. Das sei für den Berufsstand „komplett inakzeptabel“, zumal es diesbezüglich nicht nur um das Bauen im Außenbereich nach § 35 BauGB gehe, sondern auch um die Größe zukünftig wettbewerbsfähiger Agrarunternehmen. Zu allen Zeiten habe es diesbezüglich Veränderungen gegeben: Einige Betriebe hätten aufgegeben, andere seien gewachsen. Dieser dynamische Prozess müsse auch zukünftig möglich sein. Man könne nicht einfach Entwicklungen „über ein Gesetz 2014 abschneiden“.

Bauernverband M-V: betriebsnotwendige Arbeiten müssen weiterhin möglich sein

Vizepräs. **Detlef Kurreck** bekräftigt, dass es auch in Zukunft möglich sein müsse, Pflanzenschutz- und Düngungsmaßnahmen durchzuführen. Das seien keine „Luxusgüter“, sondern Notwendigkeiten. Über das dabei einzuhaltende landwirtschaftliche Fachrecht werde die Umweltverträglichkeit der landwirtschaftlichen Produktion sowie die Konformität mit den Schutzziele gewährleistet. Dieses regle zudem, dass die Maßnahmen „verantwortungsvoll“ durchgeführt würden. Ausgehend davon werde seitens des Berufsstandes keine Notwendigkeit gesehen, weitere Einschränkungen vorzunehmen.

Jagdliche Regelungen des Gesetzentwurfes

Er verweist diesbezüglich auf die Stellungnahme des Landesjagdverbandes. Ergänzend führt der **Vizepräsident** aus, dass Jagd mehr sei als das „Bekämpfen von Wildschäden“. Da deren Ausübung dem Nachhaltigkeitsprinzip unterliege, habe sie die Voraussetzungen zu schaffen, dass Wildschäden erst gar nicht einträten. Die im Gesetzentwurf diesbezüglich enthaltenen Bestimmungen seien „zu unpräzise“. Weitere über den gegenwärtigen Zustand hinaus beabsichtigte Einschränkungen könnten nicht mitgetragen werden.

Erfahrungen aus dem BR „Schaalsee“

- *großflächige Beeinträchtigungen*

Herr **Jörg Haase** (Mitglied des Präsidiums des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Nordwestmecklenburg) ergänzt vorstehende Ausführungen. Im zurückliegenden Vierteljahr seien verstärkt Landwirte aus der Region mit Beschwerden sowie Klagen über „Unzulänglichkeiten“ im Zusammenhang mit der Arbeit des AfBR „Schaalsee“ an ihn herangetragen worden, die einer dringenden Aufklärung bedürften. Bedauerlicherweise seien das keine Einzelfälle. Die Beanstandungen betrafen die Gemeinden Kneese, Groß Thurow, Dechow, Schönwolde, Groß Molzahn, Schlagsdorf, Utecht und damit ein

Gebiet von etwa 40 km Länge. Dabei gehe es beispielsweise um die Vernässung von in der Kernzone des Biosphärenreservates gelegenen Gebieten, die sich auch in der Pflege- und Entwicklungszone auswirkten.

- *Betriebskonzepte nicht mehr umsetzbar*

Die seinerzeit „versprochene Nachhaltigkeit“ sei unter den genannten Bedingungen nicht realisierbar, weil landwirtschaftliche Flächen in einer Weise „in Mitleidenschaft“ gezogen würden, dass „für Jahrzehnte entwickelte Betriebskonzepte“ nicht mehr umsetzbar seien. Für die Landwirte entstehe dadurch „der Zwang, nach neuen Auswegen suchen zu müssen“.

- *„unklare“ Zuständigkeiten/Kompetenzüberschneidungen*

Ein weiterer Schwerpunkt sei das Bauen im Außenbereich, wo das AfBR mit den Behörden des Landkreises „in Berührung gerate“, weil Kompetenzen nicht eindeutig geregelt seien. Hinzu kämen „persönliche Befindlichkeiten“, die dazu führten, dass das AfBR Widerspruch gegen vom Landkreis erteilte Genehmigungen (oder umgekehrt) einlege. Darüber hinaus seien mit dem Zweckverband, der Stiftung, dem Förderverein, dem Kuratorium „BR Schaalsee“ in der Region aktiv, die „alle meinten, etwas zu sagen zu haben“. Alle genannten Institutionen versuchten, „unter dem Deckmantel der Biosphäre“ einzugreifen und Einfluss auszuüben. Die Menschen vor Ort würden deshalb „zusehends“ verunsichert. Die Bürgerinnen und Bürger hätten nicht mehr die Möglichkeit, den Gewohnheiten entsprechend bestimmte Wege zu benutzen.

- *Einschränkungen statt Freiheiten*

Ähnliches werde auch für das BR „Flusslandschaft Elbe“ befürchtet. Er gibt den Hinweis, dass die Einwohnerschaft in der Region vor der Herstellung der Deutschen Einheit von den Einschränkungen des rigiden Grenzregimes der ehemaligen DDR geprägt worden sei. Diese Menschen seien durch das Leben im Sperrgebiet „nachhaltig geschädigt“ worden. Man habe ihnen versprochen, „es werde sich alles entwickeln“. Mit dem in dem Gesetzentwurf enthaltenen „Verbotswerk“ würden diese Zusagen de facto ad absurdum geführt.

- *Gefährdung der regionalen Wertschöpfung*

Vors. **Jörg Haase** legt weiter dar, dass unter den vorab geschilderten Umständen dazu führten, dass eine regionale Wertschöpfung „überhaupt nicht mehr“ vonstatten gehe. Die das BR „Schaalsee“ besuchenden Touristen stammten meist aus dem „Speckgürtel“ der Hansestadt Hamburg. Diese kämen nicht in den Landkreis Nordwestmecklenburg – „das Land, wo die Seele lächle“ –, um sich mit einer zunehmenden Sperrung von Wegen und Betretungsverboten konfrontiert zu sehen. Unter diesen Bedingungen sei ein Tourismus im ländlichen Raum kaum noch möglich.

Einladung an den Agrarausschuss zum Besuch des BR „Schaalsee“

Vors. **Jörg Haase** spricht namens des Kreisbauernverbandes Westmecklenburg die Einladung an den Agrarausschuss aus, sich bei dem Besuch sowie Gesprächen vor Ort mit Einwohnern, Bürgermeistern und Betriebsleitern selbst ein Bild von der bestehenden Situation zu machen. Der leitende Verwaltungsangestellte des Amtes Gadebusch habe vorab sein Interesse bekundet, an einer Diskussionsrunde mit den Ausschussmitgliedern teilzunehmen. Er appelliert an den Ausschuss, „die Demokratie nicht aufzugeben“. Parlamentarische Entscheidungen seien immer besser als die Übertragung einer allumfassenden Verantwortung einer Behörde für ein bestimmtes Gebiet.

RA **John Booth** (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes) stellt seinen Ausführungen das Fazit voran, das sich in Bezug auf den Gesetzentwurf aus der schriftlichen Stellungnahme auf ADRs. 6/189 ergeben habe: Aus der Sicht der AG Grundbesitz spreche grundsätzlich nichts gegen die Entwicklung eines Gebietes zu einem UNESCO-Biosphärenreservat, weil die dem zugrundeliegenden Ziele grundsätzlich für die Nutzer nicht als Bedrohung empfunden würden. Allerdings sei zu prüfen, ob der vorliegende Gesetzentwurf zur Etablierung eines Biosphärenreservates nach nationalem Recht überhaupt notwendig und geeignet sei. Es sei zu klären, inwieweit dieser überhaupt den Forderungen der UNESCO entspreche, weil nur dann eine gesetzliche Regelung sinnvoll sei. Zweck des Gesetzentwurfes solle der Erhalt des den Status eines UNESCO-Schutzgebietes sein. Er wolle seine Ausführungen wie folgt gliedern:

1. Die Notwendigkeit eines Gesetzes mit der Form und den Inhalten des Gesetzentwurfes der Landesregierung zur Erreichung der beabsichtigten Zielstellungen,
2. Die Anforderungen an das Gesetzgebungsverfahren – Bedenken gegen eine Zonierung auf dem Verordnungswege,
3. Regelungen, die zur Zielerreichung weder notwendig noch geeignet seien,
4. Bestimmungen zum Ausgleich von Beeinträchtigungen sowie zum Ordnungsrahmen insgesamt.

Zu 1. Notwendigkeit eines Gesetzes

GF **John Booth** zitiert einleitend, dass in einem UNESCO-Biosphärenreservat

„... nicht nur Natur und Landschaft geschützt, ... sondern vor allen Dingen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung gefördert sowie Bildung, Forschung und Umweltbeobachtung unterstützt ... (werden solle). Die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung ... (sei) unerlässlich. In Biosphärenreservaten ... (gehe) es daher in erster Linie um die Bewahrung der vom Menschen geschaffenen Kulturlandschaften und nur in geringerem Maße um den Naturschutz von Wildnisgebieten.

...

Die Anerkennung von der UNESCO ... (werde) nur dann vergeben, wenn die Bewohner eines Biosphärenreservates das Konzept der Nachhaltigkeit unterstützen.“

Seine Erfahrungen lehrten, dass diese Unterstützung derzeit noch nicht als gesichert betrachtet werden könne. Die Anwaltskanzlei, in der er tätig sei, habe in der Vergangenheit zahlreiche Mandanten vertreten, die sich die Frage gestellt hätten, inwieweit sie sich gegen die Ausweisung wehren könnten, welche Rechtsfolgen diese habe und welche Wertverluste bei Immobilien infolgedessen eintreten könnten.

Die Anforderungen nach dem BNatSchG gingen in eine ähnliche Richtung: Auch dort werde auf den Erhalt von durch den Menschen genutzten Kulturlandschaften abgestellt. Daraus folge, dass Biosphärenreservate in erster Linie den dort lebenden Menschen dienen sollten, und nicht dem Schutz der Natur. Letztgenannter habe in einem „gemeinsamen Miteinander“ zu erfolgen, wobei dem Menschen jedoch ein Vorrang einzuräumen sei.

Seines Erachtens werde der Gesetzentwurf dem nicht gerecht. Zwar finde sich dieser Sachverhalt bei den Zielen des Gesetzentwurfes wieder (§ 3 Abs. 1 Nr. 1: „Förderung einer ökologisch, ökonomisch und sozial ausgewogenen Entwicklung ...“), doch werde an keiner Stelle des Gesetzentwurfes klargestellt, wie man die Ziele der „ökonomischen und sozialen Förderung“ zu erreichen gedenke. Vielmehr würden „einzig und allein“ Regelungen zum Naturschutz in Form von „Verboten, Verboten

und nochmals Verboten“ getroffen, die im Falle von Verstößen zu „Strafen, Strafen und nochmals Strafen“ führten.

GF **John Booth** unterstreicht, dass sich der Gesetzentwurf auf das „antiquierteste ordnungsrechtliche Mittel, das das Naturschutzrecht zu bieten habe – Verbote und Strafen – beschränke. Eine solche Herangehensweise sei seiner Auffassung nach nicht mehr zeitgemäß. Insofern sei der vorliegende Gesetzentwurf nicht geeignet, die Vorgaben der übergeordneten Gesetzgebung zu erfüllen, weil er an den Zielen vorbeigehe und kein Regelungsinstrument bereithalte, die tatsächlichen Ziele zu unterstützen, die ein Biosphärenreservat im Sinne der UNESCO erfüllen solle. Der Gesetzentwurf fokussiere völlig einseitig auf die Naturschutzziele und nicht auf das Miteinander von Naturschutz und in der Region lebenden Menschen einschließlich einer „positiven Förderung der dort vorhandenen Wirtschaft“.

In dem Gesetzentwurf und in seiner Begründung werde postuliert, ein Biosphärenreservat habe zwangsläufig positive Auswirkungen in wirtschaftlicher Hinsicht auf die Region. Er unterstelle, dass hierbei lediglich der Tourismus gemeint sein könne. Dem könne möglicherweise so sein. Gleichwohl habe die AG Grundbesitz in ihrer schriftlichen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass ohne die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur – die möglicherweise in Konflikt mit den gesetzlichen Regelungen zu erfolgen habe – der Tourismus ebenfalls nicht gefördert werden könne. Zwar könne er nicht beurteilen, ob im BR „Schaalsee“ allein durch die Ausweisung als Biosphärenreservate ein Anstieg der Besucherzahlen sowie der daraus resultierenden Einnahmen zu verzeichnen gewesen sei, doch glaube er das nicht.

Wenn man nach nationalem Recht ein Biosphärenreservat ausweisen wolle, dann sei hierzu ein Gesetz nötig (vgl. § 14 NatSchAG M-V). Für die Realisierung der Anforderungen der UNESCO sei das jedoch nicht nötig, ein Biosphärenreservat nach nationalem Recht zu errichten. Es komme auf den tatsächlichen Schutz- und Entwicklungsstatus an, nicht aber auf dessen normative Grundlage: Die UNESCO schaue darauf, welche Maßnahmen man konkret unternehme, nicht aber darauf, welches Gesetz erlassen worden sei.

Zu 2. Die Anforderungen an das Gesetzgebungsverfahren

GF **John Booth** erklärt, dass ein Biosphärenreservat durch Gesetz ausgewiesen werden müsse. Es obliege daher dem Landesgesetzgeber, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden, wobei das Kernelement die räumliche Gliederung in Kern-, Pflege- und Entwicklungszone sei. Nach § 25 BNatSchG könne es ohne diese Zonierung kein Biosphärenreservat geben. Das habe zur Folge, dass ein Biosphärenreservatsgesetz, in dem die Zonierung nicht geregelt sei, seines Erachtens gegen Verfassungsrecht verstoße, weil später eine Regelung getroffen würde, was einem Verordnungsgeber nicht zukommen dürfe. Zudem sei die Verordnungsermächtigung im Gesetzentwurf nicht hinreichend konkret genug gefasst. Er bleibe Aussagen schuldig, welche objektiven Anforderungen an eine Kern-, Pflege- oder Entwicklungszone zu stellen wären. Im Grunde genommen hätte der Verordnungsgeber mit der bestehenden Regelung „eine völlig freie Wahl“, welche Gebiete er den einzelnen Zonen zuordnen würde. Darin sehe er einen klaren Verstoß gegen § 14 NatSchAG M-V, weil damit der Gesetzesvorbehalt „relativ deutlich durchbrochen“ werde. Einem so verabschiedeten Gesetz würde „mit Sicherheit der Makel der Rechtswidrigkeit anhaften“. Die Folge wären langandauernde rechtliche Auseinandersetzungen, ob das Biosphärenreservat „tatsächlich rechtswirksam gestaltet“ worden sei.

Für ihn stelle sich die Frage, ob es überhaupt möglich sei, ein Gesetz zu verabschieden, wenn die Kernzone des Biosphärenreservates noch nicht ausgewiesen sei. In diesem Fall fehlte es an einer „elementaren Voraussetzung“ für ein Biosphärenreservat. Im Grunde genommen bestände dann kein Biosphärenreservat, weil „das Gesetz etwas beschließe, was es noch gar nicht gebe“. Er halte eine solche Vorgehensweise für „höchst problematisch“.

Zu 3: Die Regelungen im Einzelnen

GF **John Booth** legt dar, er sehe im gesamten Gesetz einen „Ziel-Regelungs-Konflikt“. Es sei von „Oberzielen“ die Rede, die auch richtig seien: Ein gemeinsames Miteinander von Mensch und Natur sowie die Entwicklung der Region. Allerdings würden dazu, wie diese Ziele zu erreichen seien, im Gesetzentwurf keine weiteren Aussagen getroffen. Stattdessen folgten nur noch Verbote all dessen, was die Menschen in der Region nicht mehr dürften.

- *Verbot des Bauens im Außenbereich (§ 7 Abs. 1 Nr. 1) - Ausnahmen (§ 9)*

Er äußert, die nach § 9 des Gesetzentwurfes bestehende Option, Ausnahmegenehmigungen für nach § 7 mit Verboten belegte Maßnahmen zu erwirken, sei nicht wirklich hilfreich. Sofern die bezüglich des Bauens im Außenbereich bestehende Verbotregelung Rechtskraft erlange und ein eigentlich nach § 35 BauGB privilegierter Landwirtschaftsbetrieb stelle einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung, dann prüfe die Baugenehmigungsbehörde, ob dem Anliegen öffentliche Belange entgegenstünden. Diese wären dann mit dem Verbotstatbestand des BREIbeG gegeben. Ob dann durch das AfBR von der Ausnahmebestimmung Gebrauch gemacht werde, sei in den meisten Fällen eher „schwierig oder unwahrscheinlich und in jedem Fall teuer“. Letztgenannte Feststellung resultiere daraus, dass der Antragsteller dann zu immer kostenaufwendigeren Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verpflichtet würde. Wahrscheinlich würden die zu erbringenden Leistungen im Sinne des AfBR dann über das übliche Maß des Ausgleiches für den Eingriff in Natur und Landschaft hinausgehen.

Er halte es für „wirklich bedenklich“, wenn eine stark von der Tierhaltung geprägte Region mit einem generellen Bauverbot belegt werde. Er rege deshalb an, tierhaltenden landwirtschaftlichen Betrieben „übergeordnete Ziele“ zuzubilligen und ein generelles Recht einzuräumen, von dem Privileg des § 35 BauGB Gebrauch zu machen und Bauten im Außenbereich zu errichten.

Mit dem Verbot des Bauens im Außenbereich würde zudem, so RA **John Booth**, ein Zustand manifestiert, den man so eigentlich nicht festschreiben wolle. Man wolle, dass sich die Agrarbetriebe entwickelten und moderne tierartgerechte Ställe nutzten sowie eine umwelt- und naturschutzgerechte Tierhaltung betrieben. Er halte es für sehr bedenklich, wenn man über ein Gesetz eine Region von zukunftssträchtigen Entwicklungen ausschließe.

- *Verbot der zusätzlichen Entwässerung von Grünlandflächen (§ 7 Abs. 1 Nr. 7) sowie Veränderungsverbote an Gewässern (§ 7 Abs. 2 Nr. 4)*

GF **John Booth** verweist auf dahingehend bestehenden Erläuterungsbedarf, ob unter dem Verbot, „Grünlandflächen zusätzlich zu entwässern“, die Unterbindung der „normalen“ Gewässerunterhaltung zu verstehen sei. Sofern diese in der Kernzone eingeschränkt würde, entstünden in der Pflege- und Entwicklungszone „massive Probleme auf den sehr grundwassernahen Standorten“. Sofern diese Bestimmung vergleichbar eng wie im BR „Schaalsee“ ausgelegt würde, käme es zu „gigantischen“ Flächenverlusten. Die daraus entstehenden Verluste seien seiner Ansicht nach den betroffenen Landwirten von der öffentlichen Hand zu erstatten.

Er richte die Bitte an den Gesetzgeber, die Verbote möglichst klar zu formulieren, damit jedermann wisse, woran er sich zu halten habe.

- *Verbote der PSM-Anwendung (§ 7 Abs. 2 Nr. 13) sowie der Ausbringung von Wirtschaftsdüngern (§ 7 Abs. 2 Nr. 14)*

GF **John Booth** betont, dass er beide Verbote für die Pflegezone als nicht erforderlich ansehe. Sollten diese rechtskräftig werden, dann würden den Landwirten de facto Flächen entzogen, weil sie diese nicht mehr ihrem ursprünglichen Zweck entsprechend nutzen könnten. Seines Erachtens sei das „eine das zulässige Maß übersteigende Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums“. Es könne einem Einzelnen nicht zugemutet werden, für das Allgemeinwohl seine wirtschaftliche Tätigkeit aufgeben zu müssen.

- *Ausgleich für Nutzungsbeschränkungen (§ 10)*

Sofern dem Bewirtschafter aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls die Einschränkungen überhaupt zugemutet werden könnten, trete eine Ausgleichspflicht ein. Diese würde aufgrund der Größe der beeinträchtigten Flächen einen erheblichen finanziellen Aufwand nach sich ziehen. Diese nehme bei einer möglicherweise erfolgenden Verschiebung der Kernzonen sowie Ausweitung der Pflegezonen noch weiter zu.

GF **John Booth** führt weiter aus, es sei begrüßenswert, dass im Zuge der Verbandsanhörung der Exekutive eine an § 68 BNatSchG angepasste Ausgleichsregelung in den Gesetzentwurf aufgenommen worden sei. Insofern werde jedoch lediglich auf den ohnehin vorhandenen Rechtsrahmen für Ausgleichsregelungen hingewiesen. Damit werde dem Sachverhalt Rechnung getragen, dass es in vielen Bereichen zu ausgleichspflichtigen Belastungen kommen werde.

- *Übertragung ordnungsbehördlicher Aufgaben an das AfBR*

GF **John Booth** erklärt, er halte vorstehende Aufgabenübertragung deshalb „insgesamt für problematisch“, weil ein Amt für das Biosphärenreservat „ein Eigenleben“ entwickle, was auch „völlig logisch und verständlich“ sei. Ein solches Amt handle aus seiner Zuständigkeit heraus völlig anders als eine beim Landkreis angesiedelte untere Naturschutzbehörde (UNB), die innerhalb der Kreisverwaltung nur „eines von vielen Gebieten“ zu vertreten und sich mit anderen Fachbehörden abzustimmen habe. Daher sei die UNB eines Landkreises viel eher geneigt, Sachverhalte objektiv zu betrachten als das bei einem „in einem Biosphärenreservat lebenden Behördentum“ der Fall sei. Es gebe Erfahrungen aus dem Zuständigkeitsbereich des AfBR „Schaalsee“, wonach es zwischen der Behörde und der Bevölkerung kein Miteinander gebe. In diesem Zusammenhang verweist er auf einen Presseartikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Anlage), der auf vorhandenen Nachbesserungsbedarf am Gesetzentwurf hinweise.

Fazit

GF **John Booth** unterstreicht seinen Standpunkt, dass es an der Zeit wäre, ein modernes, transparentes Umweltschutzrecht zu implementieren. Dementgegen enthalte der Gesetzentwurf nur „strikties Ordnungsrecht“, das von Bestimmungen zum Ausgleich von Nutzungseinschränkungen flankiert werde. Es werde eine Chance vertan, transparente vertragsnaturschutzrechtliche Regelungen zu treffen und das Biosphärenreservat als „Gemeinschaftsprojekt von Naturschutz und Bevölkerung“ zu verstehen.

Vors. **Dietrich Groth** (Bauernverband Ludwigslust – schriftliche Stellungnahme auf ADrs. 6/193) erklärt einleitend, dass das Gesetz – wenn es in der vorliegenden Fassung beschlossen würde – das Leben der Menschen und insbesondere der Landwirte in der Region nachhaltig verändern und sogar beeinträchtigen würde. Auf dem Deckblatt des Gesetzentwurfes sei unter dem Buchstaben A (Problem und Ziel) zu lesen, dass das Ziel des Biosphärenreservates „die Erprobung nachhaltiger Wirtschaftsformen, um den globalen Herausforderungen zu begegnen“ sei. Es sei zu konstatieren, dass der vorliegende Gesetzentwurf der genannten Aufgabe nicht gerecht werde. Nachhaltigkeit werde als Einheit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem definiert. Der Gesetzentwurf regele jedoch ausschließlich Belange des Naturschutzes. Fragen mit ökologischem und sozialem Bezug kämen dagegen nicht vor. Im Folgenden wolle er zu ausgewählten Regelungen des Gesetzentwurfes Stellung beziehen.

Zu § 1 Abs. 4: Erklärung zum Biosphärenreservat, Ziele

Vors. **Dietrich Groth** verweist darauf, dass in dieser Bestimmung nochmals das „Miteinander von Mensch und Natur ... und nachhaltige Entwicklung des Gebietes ...“ als Ziel des BR „Flusslandschaft Elbe“ benannt würden. Hierzu gelte die vorab getroffene Feststellung.

Zu § 2: Geltungsbereich

Vors. **Dietrich Groth** äußert, als Geltungsbereich werde in vorstehend bezeichneter Bestimmung „das mecklenburgische Elbetal“ benannt. Tatsächlich würden aber Gebiete in das Biosphärenreservat einbezogen, die mehr als 20 km vom Flusslauf der Elbe entfernt lägen und nach Auffassung des Bauernverbandes Ludwigslust nicht zu diesen Gebiet gehörten.

Zu § 3: Schutzzweck und Entwicklungsziele

In § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a werde die Feststellung getroffen, dass „die den Regeln der guten fachlichen Praxis (gfP) entsprechende land- und fortwirtschaftliche Bodennutzung in der Regel umweltgerecht ... (sein solle)“. Mit dieser Formulierung werde unterstellt, dass eine Landwirtschaft, die nach den geltenden gesetzlichen Vorgaben betrieben werde, möglicherweise nicht umweltgerecht sein solle. Gegen diese nicht zutreffende Unterstellung verwahre sich der Kreisbauernverband Ludwigslust „in aller Form“. Die Regeln der gfP würden permanent aktualisiert und neuesten Erkenntnissen angepasst. Insofern sei in jedem Fall davon auszugehen, dass Landwirtschaft nach diesen Regeln umweltgerecht sein müsse.

In § 3 Abs. 2 werde auf die „Wiederherstellung ... der ... Kulturlandschaft“ abgestellt. Es sei davon auszugehen, dass „überall, auch hier“ eine Kulturlandschaft bestehe. Kulturlandschaften unterlägen einer permanenten Veränderung. Insofern wäre die Frage zu beantworten, ob die im Biosphärenreservat angestrebte Kulturlandschaft diejenige sei, die „von hundert, tausend oder 1 Mio. Jahren existiert“ habe.

Zu § 7: Verbote

Die in § 7 Abs.1 aufgeführten Verbote sollten nach Auffassung der Gesetzes- einbringer im gesamten Gebiet des Biosphärenreservates – also auch in der Entwicklungszone – gelten. Dort sei die landwirtschaftliche Tätigkeit am geringsten eingeschränkt. Insofern sei nicht zu verstehen, warum hier ein Verbot zur Errichtung baulicher Anlagen (Nr. 1) gelten solle. In der Region des BR bestehe ein weit über den Landesdurchschnitt liegender Anteil natürlichen Grünlandes. Nach der Herstellung der Deutschen Einheit seien diesem Gebiet nur geringe Mastrinder- plafonds und Milchreferenzmengen (Quoten) zugeteilt worden. Für eine zukünftige wirtschaftliche Entwicklung müsse den Agrarunternehmen die Möglichkeit offen- stehen, die Milchproduktion dem vorhandenen Grünlandbestand anzupassen. Das bedeute, dass Stallungen einschließlich der erforderlichen Nebengebäude errichtet werden müssen. Da die Milchproduktion im Übrigen der arbeitsintensivste Bereich der Landwirtschaft sei würden so auch Arbeitsplätze in der Region entstehen. Es bestehe sicherlich Einverständnis in der Frage, dass neue Viehställe nicht innerorts gebaut werden sollten. Insofern sei ein Verbot, dies im Außenbereich zu tun, kontra- produktiv.

Vors. **Dietrich Groth** äußert weiter, es seien in bestimmten Teilen der Gesellschaft Diskussionen zu registrieren, die die Lagerung und das Ausbringen von Gülle beträfen. Sollten die Vorschriften, eine Lagerkapazität für Gülle von 6 Monaten vorzuhalten, verschärft werden, müssten bei gleichem Viehbestand neue Lager- stätten für Gülle errichtet werden. Sollte dem die Genehmigung versagt werden, dann müssten in der Region mit dem hohen Anteil an natürlichem Grünland der Viehbestand reduziert werden, was in keinsten Weise hingenommen werden könne.

Zu § 7 Abs. 2 Nrn. 13 und 14: Genehmigungsvorbehalt für PSM- und Wirtschaftsdüngerapplikation

Vors. **Dietrich Groth** verweist darauf, dass es nach dem Text des Gesetzentwurfes der unteren Naturschutzbehörde – dem AfBR – zugebilligt werde, die Genehmigungen für die Auf- und Einbringung von Wirtschafts- und Sekundärrohstoffdünger (auch Gärresten aus der Biogaserzeugung) sowie die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Pflegezone zu erteilen oder zu versagen. Das könne „auf keinen Fall“ hingenommen werden. Bisher gelte in diesen Gebieten (aus der Sicht des Naturschutzes) ein Verschlechterungsverbot, das von den Landwirten akzeptiert werde. Aus der Sicht des Bauernverbandes Ludwigslust wäre es sinnvoll, die Bestimmungen in diesem Sinne zu verändern.

Er betont, dass in der genannten Region die Wildschäden in den zurückliegenden Jahren „dramatisch zugenommen“ hätten. Oftmals hätten die Landwirtschaftsbetriebe diese Schäden zu tragen, weil sie sich (aus verständlichen Gründen) gehindert fühlten, ihre Ansprüche gegenüber dem Bodeneigentümer – der ihr Verpächter sei – durchzusetzen. Eine Einschränkung der Jagd würde dieser Entwicklung Vorschub leisten. Es sei zu befürchten, dass diese Jagden künftig nicht mehr zu verpachten seien, was den Interessen des Grundeigentümers zuwiderlaufe. Ein weiteres Ansteigen der Wildbestände – insbesondere des Schwarzwildes – bringe die Gefahr von Seuchenausbrüchen (beispielsweise Europäische Schweinepest) mit sich.

Das völlige Einstellen wirtschaftlicher Tätigkeiten in der Kernzone des Biosphärenreservates führe „automatisch“ zu einem Ansteigen des Wasserstandes in den betroffenen und den angrenzenden Flächen. Das Entstehen von Bewirtschaftungserschwernissen in der Pflege- und Entwicklungszone sei die Folge. Vergleichbare Entwicklungen seien in erheblichem Umfang in der Schaalsee-Region zu verzeichnen gewesen.

Zu § 10: Ausgleich von Nutzungsbeschränkungen

Der vorgesehene Ausgleich für Nutzungsbeschränkungen durch den Naturschutz sei sehr allgemein gehalten. Hier beständen nach Ansicht des Bauernverbandes Ludwigslust erhebliche Zweifel, dass entsprechende Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden könnten. Sollte das nicht der Fall sein, so müssten die Landwirte die entstandenen Ausfälle selbst tragen. Da in der genannten Region mit der geringen Ertragsfähigkeit der Böden Landwirtschaft ohnehin schwierig sei, müsse befürchtet werden, dass die landwirtschaftliche Bodennutzung teilweise aufgegeben werden müsse. Die daraus erwachsenden Folgen für die Landwirtschaft und den Tourismus wären unabsehbar.

- *Zu §§ 6: Zonierung und 12 Verordnungsermächtigung*

Vors. **Dietrich Groth** führt zu § 6 Abs. 1 aus, dass eine Verabschiedung des Gesetzes ohne eine gleichzeitige Zonierung des Biosphärenreservats dazu führe, dass die Festlegungen nach § 12 auf dem Ordnungswege erfolgen würden. Erfahrungen aus der Schaalsee-Region zeigten, dass nachträglich immer weitere Flächen zur Kern- und Pflegezone erklärt würden und damit stärkeren Einschränkungen unterliegen. Um „dieser Gefahr“ zu begegnen, werde es für unabdingbar gehalten, die Zonierung bereits in dem Gesetz vorzunehmen.

Insgesamt halte es der Bauernverband Ludwigslust für bedenklich, wenn seit über zwanzig Jahren von kompetenten Behörden (des Landkreises) wahrgenommene Zuständigkeiten des Baurechts sowie des Jagdrechts auf das Amt für das Biosphärenreservat übertragen würden. Dadurch werde dieses „mit Allmacht“ ausgestattet.

Fazit

Zusammenfassend sei festzustellen, dass nach Auffassung des Bauernverbandes Ludwigslust ein Gesetz mit diesem Inhalt nicht benötigt werde. Es werde weder von den Menschen, „die bis 1989 am Zaun (der innerdeutschen Grenze) leben mussten“, noch von der Natur gebraucht. Der Umstand, dass die vorhandene einzigartige Landschaft mit ihrer schützenswerten Pflanzen- und Tierwelt auch ohne gesetzlichen Schutzstatus bestehe, belege, dass die Art und Weise, wie die Menschen in der Region lebten und wirtschafteten, für die Natur verträglich sei.

Einladung an den Ausschuss

Vors. **Dietrich Groth** unterbreitet den Vorschlag, dass sich der Agrarausschuss in der Region um den Schaalsee bei Bürgerinnen und Bürgern sowie Landwirten ein Bild von der Situation vor Ort machen möge, welche Veränderungen im Leben und Wirtschaften dort eingetreten seien. Er bekräftigt den Wunsch, dass der Gesetzentwurf nicht verabschiedet werden möge. Sollte dieser dennoch in der gegenwärtigen Fassung kommen, so wäre es wünschenswert, wenn er der Zielbestimmung in § 1 Abs. 4 „... (einer) auf das Miteinander von Mensch und Natur ... (ausgerichteten) Erhaltung und ... (nachhaltigen) Entwicklung“ gerecht würde. Dazu wäre jedoch eine grundsätzliche Überarbeitung erforderlich.

Herr **Peter Guhl** (Landwirt „Hof Weitenfeld“ Vorderhagen – schriftliche Stellungnahme auf ADRs. 6/189) erklärt, dass seine Familie im Jahre 1991 einen landwirtschaftlichen Betrieb wiedereingerichtet habe, der direkt am Flusslauf der Elbe gelegen sei. Vorher hätten er und seine Familie direkt in der Sperrzone an der innerdeutschen Grenze leben müsse. Daher wisse er aus eigener Erfahrung, was die damit verbundenen Restriktionen bedeuteten. Ebenso wie alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Teldau, in der er sich kommunalpolitisch engagiere, sei er froh, dass „man diese Zeit hinter sich gelassen habe“. Unterschwellig beständen deshalb jedoch Befürchtungen, dass erneut – diesmal aus Gründen des Gebietsschutzes – das Leben und Wirtschaften einschränken könnte. „Die Leute wollten das schlichtweg nicht.“

Er informiert, dass er einen Milchviehbetrieb mit angeschlossener Hofmolkerei und Selbstvermarktung bewirtschaftete, der fünfzehn Mitarbeitern sowie einem Auszubildenden ganzjährig einen gesicherten Arbeitsplatz biete. Das sei aber nur deshalb möglich, weil man „nicht nur Gewinnerzielungsabsichten habe“, sondern im Durchschnitt der Jahre auch tatsächlich Gewinn erwirtschaftete. Damit gehöre das Agrarunternehmen zu den wenigen gewerblichen Steuerzahlern in der Gemeinde Teldau, die ebenfalls auf die Steuereinnahmen aus der Landwirtschaft angewiesen sei.

Internationaler Wettbewerb verbietet einseitige Nachteile

Landwirt **Peter Guhl** unterstreicht, dass Milchviehhaltung keineswegs „ein einfaches Geschäft“ sei. Angesichts des hohen Anteils natürlichen Grünlandes in der Region gebe es dazu aber kaum Alternativen. Anders als über die Tierproduktion seien die vorhandenen Flächen kaum zu nutzen. Bedingt dadurch habe er sich entschlossen, in die Veredlung zu investieren. In den zurückliegenden Jahren sei das nicht immer ganz leicht gewesen. Dabei habe es jedoch „begleitende Maßnahmen“ gegeben, an deren Stelle nunmehr in zunehmendem Maße der internationale Wettbewerb trete. Somit werde auch die Landwirtschaft „immer globaler“, wobei die Politik immer weniger flankierend wirke und sich aus der Marktsteuerung zurückziehe. Insofern stehe die deutsche Milcherzeugung in direktem Wettbewerb mit anderen Produzenten weltweit. Vor diesem Hintergrund sei es schlichtweg nicht einzusehen, dass die Milchviehhalter einer Region von besonderen Erschwernissen betroffen sein sollen. „Zusätzliche Bleiklötze an den Füßen“ seien nicht hinnehmbar für jemanden, „der gerade ins Wasser geworfen worden sei, während andere vielleicht noch Korkstücken hinzubekämen“.

Forderung an den Gesetzgeber: Benachteiligungen verhindern oder entschädigen

Landwirt **Peter Guhl** bekräftigt die Forderung, dass im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens verhindert werden müsse, dass die von den Einschränkungen betroffenen Landwirte benachteiligt würden. Die Landwirte könnten nur dann für Beschäftigung in der Region sorgen, wenn sie zu den gleichen Konditionen produzieren könnten, wie

ihre Mitbewerber auf dem Markt. Anderenfalls müsse für die hinzunehmenden Nachteile eine Entschädigung erfolgen. Er könne aus dem vorliegenden Gesetzentwurf keine konkreten Regelungen zur Entschädigung hinzunehmender Einschränkungen erkennen. Auch sei ihm nicht bekannt, in welchem Umfang finanzielle Mittel für diesen Zweck verfügbar seien. Obwohl das Land Mecklenburg-Vorpommern „Gott sei Dank“ in der Vergangenheit sehr sparsam mit Geld umgegangen sei, gebe es offensichtlich kaum Reserven, die für die Entschädigung dieser „einschneidenden Restriktionen“ genutzt werden könnten.

Zu § 6: Zonierung

Landwirt **Peter Guhl** vertritt den Standpunkt, dass das Gesetz nur in Kraft treten könne, wenn vorher flurstücksgenau die Gliederung des Biosphärenreservates in Kern-, Pflege- und Entwicklungszone feststehe und bekannt gemacht werde. Für den Fall, dass der ehemalige Truppenübungsplatz Lübtheen nicht die Kernzone des BR bilden könne, entstünde sehr schnell die Situation, andere Flächen als solche auszuweisen. Berücksichtige man, dass die Kernzonen von Pflegezonen umgeben sein müssten, dann würden sich diese dort befinden, wo heute noch Ackerland bewirtschaftet oder gutes Grünland genutzt werde. Die Agrarbetriebe seien auf diese Flurstücke dringend angewiesen, wenn sie sich dem Wettbewerb stellen wollten, weil sie darauf gutes Futter für die Nutztiere erzeugen müssten.

In Gesprächen, die er mit den Verfassern des Gesetzentwurfes anlässlich zahlreicher Diskussionsrunden vor Ort geführt habe, sei ihm von diesen mitgeteilt worden, dass „sie nicht die gequälte Kreatur der 8.000-Liter-Kuh vorstellen“ wollten. Folge man der Auffassung der Gesetzesautoren, dann „wisse man von vornherein, in welche Richtung die Regelung gehen“ werde. Er unterstreicht nochmals, dass es zwingend erforderlich sei, im Wettbewerb „mithalten zu können“. Inzwischen liege der Landesdurchschnitt jedoch mit durchschnittlich 8.220 kg/Kuh und Jahr schon über diesem Wert, sodass die genannte Milchleistung keine Seltenheit mehr sei. Auch sein Betrieb liege darüber. Das sei aber nur möglich, wenn auf den eigenen Flächen hervorragende Grundfuttermittel erzeugt werden könnten. Im Übrigen entspreche das auch dem strategischen Ansatz, mehr heimisches Eiweiß zu erzeugen und

weniger Importe tätigen zu müssen. Das finde sich jedoch nicht in dem Gesetzentwurf wieder, sondern widerspreche dem geradezu.

Zu § 7 Abs. 1: Errichtungsverbot für bauliche Anlagen im Außenbereich

Landwirt **Peter Guhl** erklärt, seine Familie habe die Entscheidung getroffen, den Betrieb auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Erwerbsleben weiterführen zu wollen. Seine Tochter habe mit dem Studium der Landwirtschaft die dafür nötigen Voraussetzungen erworben und habe sich auch zu dieser Zukunft bekannt. Da der Hof derzeit über eine ausreichende Futterfläche verfüge, seien Überlegungen angestellt worden, weiter in die Milchviehhaltung zu investieren, um zukünftig von dem Ertrag des Betriebes zwei Familien ernähren zu können. Er wolle sich vor diesem Hintergrund nicht vorstellen, unter den im Gesetzentwurf festgeschriebenen Konditionen weitere bauliche Maßnahmen als Voraussetzung für eine Bestandsaufstockung oder zur Verbesserung der Haltungsbedingungen vorzunehmen. Er wäre bei der Umsetzung des betrieblichen Wachstums – mit dem gebotenen Respekt – „auf die Willkür einer Verwaltung auf dem Elbberg“ angewiesen. Ausgehend davon sei jede Einschränkung des Baurechts im Außenbereich strikt abzulehnen.

Bewertung des Gesetzentwurfes aus der Sicht der Gemeinde

Aus seiner Sicht als Gemeindevertreter äußert Landwirt **Peter Guhl**, dass er allenfalls eine Entwicklung auf dem Gebiet des Tourismus als denkbar ansehe, für die jedoch infrastrukturelle Maßnahmen erforderlich seien. Diese würden einerseits durch den Gesetzentwurf eingeschränkt; andererseits müssten diese aus Mitteln der Gemeinde kofinanziert werden. Das werde so zukünftig nicht möglich sein. Wenn dann die Wirtschaftskraft der Unternehmen durch restriktive Maßnahmen noch weiter eingeschränkt würde, dann würden die Steuereinnahmen mit Sicherheit nicht steigen.

Bewertung des Gesetzentwurfes aus der Sicht der Flurneuordnung

In seiner Funktion als Vorsitzender der Teilnehmergeinschaft an einem Bodenordnungsverfahren führt Landwirt **Peter Guhl** aus, er sehe diesbezüglich erhebliche Widersprüche. Die Bodenordnungsverfahren verfolgten das gesetzlich fixierte Ziel, infrastrukturelle Maßnahmen insbesondere für Landwirte durchzuführen. In der Vergangenheit habe man das auch getan. In den zurückliegenden Jahren habe die Gemeinde die hierfür nötigen Kofinanzierungsmittel für den ländlichen Wegebau sowie Dorferneuerung aufbringen können. Ursprünglich seien diese mit sehr viel Geld – auch aus Steuermitteln – errichteten Wege als Zufahrt zu den landwirtschaftlichen Flächen gedacht gewesen. Wenn diese nicht mehr in der herkömmlichen Art und Weise „ordentlich bewirtschaftet werden“, dann verschließe sich ihm die Sinnhaftigkeit einer solchen Vorgehensweise.

Fazit: Appell an die Abgeordneten

Abschließend appelliert er „an das persönliche Gewissen“ und Verantwortung der Abgeordneten. Aus seiner Sicht werde das Gesetz nicht gebraucht. Zwar seien sicherlich Regelungen zu treffen, wie mit dem „unglücklichen Beschluss zu dem Biosphärenreservat“ umgegangen werden solle, doch gebe es hierbei andere Optionen. Als Beispiel führt er das Biosphärenreservat „Mittelelbe“ an, für dessen Festsetzung eine Allgemeinverfügung ausreichend gewesen sei, die auf viereinhalb Seiten die notwendigen Regelungen enthalte. Auf keinen Fall bedürfe es einer „ganz großen Liste von Verboten“.

Herr **Rolf Christiansen** (Vorstandsvorsitzender des Tourismusverbandes Mecklenburg-Schwerin – schriftliche Stellungnahme auf ADRs. 6/193) erklärt, dass es aus touristischer Sicht wichtig sei, den Status des Biosphärenreservates langfristig zu sichern.

Touristischer Wert der Schutzgebietsausweisung

Die Ausweisung dieser Schutzgebietskategorie habe für den Tourismus eine besondere Bedeutung, weil sie ein „besonderes Markenzeichen“ darstelle. Es sei festzustellen, dass Natur- und Kulturlandschaft in jüngster Zeit deutlich an touristischer Bedeutung gewonnen hätten. Dabei sei man sich darüber im Klaren, dass im Elbbereich kein Massentourismus entwickelt werden könne und auch nicht wünschenswert sei. Vielmehr fokussiere man auf die Klientel, die sich gezielt Natur- und Kulturlandschaften für eine aktive Erholung aussuchten. Der Trend zum Urlaub in einer natürlichen Umgebung werde immer stärker. Er sehe das Biosphärenreservat als „Motor für die Entwicklung in der Region“, insbesondere mit Blick auf die Metropolregion Hamburg. Hierbei könnte die Region Westmecklenburg sicher mit den zwei bestehenden Biosphärenreservaten „punkten“, was sich in der Gewinnung von Kurzurlaubern und Tagesgästen niederschlage.

Touristische Entwicklung im Vergleich

Wenn man die Entwicklung des Tourismus im Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“ mit der im BR „Schaalsee“ vergleiche, werde deutlich, dass die Entwicklung touristischer Strategien und Angebote in der letztgenannten Region wesentlich besser gelungen sei, als es bislang im Elbbereich der Fall gewesen sei. Er sehe hier ursächlich die besseren personellen Kapazitäten, die eine Biosphärenreservatsverwaltung habe. Des Weiteren gebe es eine sehr enge Zusammenarbeit das AfBR, dem Tourismusverband sowie den Akteuren der Regionalentwicklung (Kreisverwaltung, Gemeinden, Privatpersonen). Er wage die Aussage, dass sowohl die touristische Entwicklung im Bereich des BR „Schaalsee“ ohne die „gebündelten Aktivitäten“ nicht erreichbar gewesen wären. Von daher habe

man aus der Sicht des Tourismus hohe Erwartungen an die Sicherstellung des Biosphärenreservates und die Ausgestaltung der Verwaltung. Dabei hoffe man, dass diese nicht zulasten „des anderen Bereiches“ (des Landkreises) gehe, damit Maßnahmen „gestartet und begleitet“ werden könnten.

Zu § 6: Zonierung

Selbstredend hätte sich auch der Tourismusverband gewünscht, dass die Zonierung im Gesetzentwurf klarer geregelt worden wäre, weil dann hinsichtlich der Bewertung der dann wirkenden Maßnahmen eine bessere Bewertung möglich gewesen wäre. Aus verschiedenen Gründen sei das aber bislang nicht erfolgt.

Anhörungskomplexe 2 und 3:

Naturschutzverbände und kommunale Interessenvertretungen

Biosphärenreservat aus vielen Gründen sinnvoll

Ref.‘in **Manuela Heberer** [Pressesprecherin des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern des Naturschutzbundes Deutschland (NABU – schriftliche Stellungnahme auf ADrs. 6/197] erklärt, dass ihr Verband das Gesetz grundsätzlich als notwendig ansehe. Die Folgen eines Verzichts wären der Verlust der UNESCO-Anerkennung für den mecklenburgischen Teil des Elbtals, damit verbunden ein enormer Rückschritt bei den Bemühungen um einen länderübergreifend koordinierten Schutz dieses zusammenhängenden Naturraums, künftig fehlende Impulse für die Entwicklung zukunftsfähiger, naturverträglicher Landnutzungsformen und für eine nachhaltige, ganzheitliche Regionalentwicklung sowie nicht zuletzt ein erheblicher Image- und Glaubwürdigkeitsverlust des Landes. Das könne jedoch nicht im Sinne des Landes und der Region sein. Zudem wären unmittelbare Wettbewerbsnachteile im Tourismus gegenüber anderen Bundesländern zu erwarten, die das Gebiet weiterhin unter dem Label Biosphärenreservat vermarkten könnten. Mit der Einrichtung eines Biosphärenreservats werde die länderübergreifende Zusammenarbeit beim Schutz und bei der Entwicklung des Gebietes dauerhaft auf eine neue Stufe

gestellt. Das gelte sowohl für das Naturschutz-Management wie für Fragen des Hochwasserschutzes. Darüber hinaus biete es die Möglichkeit, weiterhin mit der Marke „Biosphärenreservat“ zu werben, woraus sich erhebliche Chancen für die touristische Entwicklung der Region sowie für ein Ländergrenzen übergreifendes Gebietsmarketing ergäben. Es gebe viele Beispiele dafür, dass sich Biosphärenreservate als Stütze oder fördernde Instrumente für die Entwicklung und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe bewährt hätten. Hier seien die brandenburgischen Biosphärenreservate „Schorfheide-Chorin“ und „Spreewald“ sowie das ebenfalls länderübergreifende BR „Rhön“ (Bayern, Hessen, Thüringen) zu nennen.

Nachteile für die ortsansässige Bevölkerung

Ref.‘in **Manuela Heberer** unterstreicht den Standpunkt des NABU, dass die Ausweisung der Pflege- und Entwicklungszone für die Bewohner der Region keine negativen Auswirkungen haben werde. Das Gegenteil sei der Fall: Durch den im Gesetzentwurf formulierten allgemeinen Schutz des Gebietscharakters sei eine Sicherung oder gar Steigerung der Attraktivität des Gebietes zu erwarten, sodass es gegebenenfalls zu einer Verbesserung der Lebensqualität vor Ort kommen könne.

Verbote

Sie führt aus, dass die Verbotsbestimmungen grundsätzlich nachvollziehbar seien. Allerdings sollten pauschale Betretungsverbote abseits von Wegen, die Leinenpflicht für Hunde sowie das Verbot des Zeltens auf ihre naturschutzfachliche Sinnhaftigkeit kritisch hinterfragt werden, weil auch in diesen Gebieten weiterhin eine Landnutzung stattfinde. Es sei den dort seit Jahrzehnten lebenden Menschen „nur schwer zu verkaufen“, warum sie diese Gewohnheitsrechte nicht mehr nutzen dürften. Gleiches gelte – in abgeschwächter Form – auch für das Befahren von Gewässern. Denkbar wäre, dieses im Sinne intensiver Naturerfahrungen nicht pauschal zu verhindern, sondern das Verbot eventuell auf motorgetriebene Wasserfahrzeuge und Sportgeräte zu beschränken.

NABU: Bewirtschaftungsbeschränkungen werden durch verbesserten Absatz wettgemacht

Die **Presseprecherin** bekräftigt, vorab erwähnte Beispiele hätten gezeigt, dass bestehende Bewirtschaftungsbeschränkungen tendenziell nicht zu einer Benachteiligung der landwirtschaftlichen Betriebe führen, sondern diese eher stärken würden. Das gelte insbesondere für Biosphärenreservate in der Nähe von Großstädten. Hier führe der Standortfaktor „Biosphärenreservat“ insbesondere in Kombination mit Marketinginstrumenten wie Regionalmarken regelmäßig zu einer Verbesserung der Absatzmöglichkeiten.

Herr **Wilfried Röpert** (Vizepräsident des Landesjagdverbandes Mecklenburg-Vorpommern (LJV) – schriftliche Stellungnahme auf ADrs. 6/194) entschuldigt die Abwesenheit von Verbandspräsident Dr. Volker Böhning und betont, dass sich die Jägerschaft des Altkreises Ludwigslust intensiv mit dem Gesetzentwurf befasst habe. Er hebt hervor, dass der LJV in Mecklenburg-Vorpommern ein anerkannter Naturschutzverband sei, der sich gemäß seiner Satzung dem Schutz und der Pflege der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage einer artenreichen freilebenden Tier- und Pflanzenwelt verpflichtet fühle. Die Jäger trügen eine hohe Verantwortung für einen gesunden Wildtierbestand.

Kritik am Verfahren und dessen Ergebnis

Nach der Bekanntgabe des ersten Gesetzentwurfes im Mai 2012 habe es viele Diskussionsrunden innerhalb der Jägerschaft des Altkreises gegeben. Das Biosphärenreservat betreffe fast 200 Jäger, die in der Region der „Flusslandschaft Elbe“ dem Weidwerk nachgingen. Jegliches Verständnis fehle der Jägerschaft für die Eile, mit der seitdem das Gesetzgebungsverfahren vorangetrieben worden sei, weil die nächste Evaluierung des Biosphärenreservates erst für das Jahr 2017 anstehe. Auf Betreiben der Jäger sei der Gesetzentwurf im Ergebnis der geführten Diskussionen in einigen Punkten überarbeitet worden. Gegenüber dem ersten Gesetzentwurf seien Restriktionen für den Bau jagdlicher Einrichtungen

abgeschwächt worden. Für die Jäger sei es eine Selbstverständlichkeit, dass diese naturnah zu errichten seien. Ohne jagdliche Einrichtungen sei die Bejagung nicht möglich. Dennoch sei man „mit allem, was gelaufen sei“, nicht zufrieden.

- *Übertragung aller jagdlichen Zuständigkeiten auf das AfBR*

Die Unzufriedenheit betreffe vor allem die Regelung, wonach jegliche jagdliche Zuständigkeit in die Hände des AfBR übergehen solle. Jeder Jäger müsse eine Prüfung ablegen und auf diese Weise fundierte Kenntnisse im Umwelt-, Natur-, Tier- und Seuchenschutz nachweisen. Er wisse nicht, inwiefern die Leitung des Biosphärenreservates in Zukunft solche speziellen Fragen beantworten wolle. Vizepräsident **Wilfried Röpert** unterstreicht, dass diese Kompetenzübertragung für die Jägerschaft nicht nachvollziehbar sei.

- *Ausgleich von Wildschäden*

Einen weiteren Schwerpunkt bei der Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf hätten die Bestimmungen zum Wildschadensausgleich gebildet. Es seien Bedenken dahingehend geäußert worden, dass sich die Kernzonen des Biosphärenreservates zu Rückzugsräumen für das Wild entwickeln könnten. In diesen Gebieten selbst werde es aber kaum zu großen Schäden kommen. Anders verhalte es sich dagegen in den Randgebieten. Dort würden stark erhöhte Wildschäden befürchtet. Es stelle sich dann die Frage, wer für diese Wildschäden in Zukunft tragen solle. Dazu sei die Jägerschaft „im Grunde“ nicht bereit.

- *Jagdverbot bei rastenden Zugvögeln*

Er verweist darauf, dass sich – wenn dieses Jagdverbot beispielsweise für Sing-
schwäne ausgesprochen werde – das Schalenwild in diese Ruhezone zurückziehen
werde. Es sei fraglich, wer für die hierdurch entstehenden Schäden aufkomme.

- *fehlende Ausnahmen für jagdbare Wildtierarten vom Tötungsverbot*

Vizepräsident **Wilfried Röpert** erklärt, bei einer Begutachtung des Gesetzentwurfes
falle auf, dass die §§ 1 bis 6 die in Bezug auf das Biosphärenreservat zu realisieren-
den Maßnahmen enthielten. Daran schließe sich ein sehr umfangreicher Katalog an
Verboten an. Es sei zu bezweifeln, dass das „die richtige Herangehensweise“ sei.
Unter anderem regle § 7 Abs. 2 Nr. 10, dass in der Pflegezone die Tötung, Nach-
stellung sowie Beunruhigung wild lebender Tiere verboten sei. Aus Sicht des LJV
wäre es richtig gewesen, hier eine Ausnahme für die dem Jagdrecht (BJagdG,
LJagdG M-V) unterliegenden Wildarten vorzusehen.

- *Zonierung des BR auf dem Verordnungswege*

Er betont, dass die Gliederung für den LJV nicht nachvollziehbar sei.

Vors. **Prof. Dr. Tritz Tack** stellt fest, dass es seitens der Abgeordneten keinen
Widerspruch gibt, entgegen der ursprünglich vereinbarten Verfahrensweise an dieser
Stelle mit der Anhörung der kommunalen Interessenvertretungen fortzusetzen.

Herr **Rolf Christiansen** (Vorstandsvorsitzender des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern – schriftliche Stellungnahme auf ADRs 6/194, Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim – schriftliche Stellungnahme auf ADRs. 6/193) legt dar, dass sich der Landkreistag im Wesentlichen die Stellungnahme seines Landkreises zu Eigen gemacht habe, sodass es keinerlei größere Abweichungen gebe.

Befürwortung des Gesetzentwurfes aufgrund erwarteter Vorteile für die Regionalentwicklung

Der Landkreis Ludwigslust-Parchim habe die gesetzliche Festschreibung des Biosphärenreservates bereits während der Amtszeit von Umweltminister Prof. Dr. Wolfgang Methling (1998 bis 2002, 3. Wahlperiode) gefordert. Der Landkreis habe ebenso wie der Tourismusverband Mecklenburg-Schwerin deshalb ein hohes Interesse an der langfristigen Sicherung des rechtlichen Status des Biosphärenreservates „Flusslandschaft Elbe“, weil man sich davon erhebliche Vorteile für die Regionalentwicklung verspreche, wie sie – trotz der differenzierten Beurteilung durch die anderen Sachverständigen – vom Biosphärenreservat „Schaalsee“ ausgegangen seien. Er sei der festen Überzeugung, dass es meistens nicht die gesetzlichen Regelungen seien, die zu Problemen führten, sondern das gemeinsame Miteinander der Akteure vor Ort. Es komme deshalb darauf an, trotz unterschiedlicher Auffassungen gemeinsame Wege zu finden und auch zu begehen.

Aufgabenübertragung an das AfBR

Landrat **Rolf Christiansen** erinnert daran, dass er während der Kreisgebietsreform den Standpunkt vertreten habe, so viele Aufgaben wie möglich vom Land auf die Landkreise und kreisfreien Städte zu übertragen. Er hätte es seinerzeit begrüßt, wenn die Aufgaben der Ämter für die Biosphärenreservate auf die jeweiligen Landkreise übertragen worden wären. Letztlich sei jedoch eine andere Entscheidung getroffen worden. Ungeachtet dessen, ob sie beim Landkreis oder beim AfBR angesiedelt seien, seien die rechtlichen Grundlagen der unteren Naturschutzbehörden dieselben. Während der Anhörung hätten verschiedene Sachverständige die

Befürchtung geäußert, dass es bei einer Ansiedlung gebündelter Zuständigkeiten zu „willkürlichen Entscheidungen“ zum Nachteil der Antragsteller kommen könnte. Dieser Vermutung halte er entgegen, dass es öffentlichen Verwaltungen ausdrücklich verboten sei, willkürlich zu handeln.

Keine Verbote zusätzlich zu bestehenden NSG-/LSG-Verordnungen

Aus der Sicht der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises sei es sinnvoll, die bisher für die Landschafts- und Naturschutzgebiete geltenden Regelungen für das Biosphärenreservat zusammenzufassen, weil die Verbotstatbestände im Wesentlichen in den verschiedenen Verordnungen zum Landschaftsschutzgebiet „Elbetal“ und zu den Naturschutzgebieten enthalten seien. Insofern schaffe der Gesetzentwurf im Wesentlichen keine weiteren Verbote. Lediglich die für die Landwirtschaft relevante Zustimmungspflicht der unteren Naturschutzbehörde (AfBR) für die Errichtung von Bauten im Außenbereich sei neu. Landrat **Rolf Christiansen** merkt hierzu an, dass es „gute Verwaltungspraxis“ sein sollte, die erbetene Genehmigung dann zu erteilen, wenn die Baumaßnahme der „geordneten wirtschaftlichen Entwicklung des Betriebes“ diene. Ob die im Gesetzentwurf enthaltene Bestimmung „in der krassen Form“ notwendig sei, entziehe sich seiner Einschätzung. Er verweist darauf, dass die Novellierung des BauGB 2013 (Ausschluss von der UVP-Pflicht unterliegenden gewerblichen Tierhaltungen von der Privilegierung landwirtschaftlicher Bauten im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 BauGB) von den Landkreisen ausdrücklich begrüßt worden sei, weil damit Fehlentwicklungen vermieden werden könnten.

Einschränkungen bei Infrastrukturmaßnahmen im Einvernehmen regelbar

Landrat **Rolf Christiansen** erklärt, dass sich für den Landkreis als Träger der Straßenbaulast aus dem Gesetzentwurf gewisse Einschränkungen ergäben. Ausgehend von den Erfahrungen im Biosphärenreservat „Schaalsee“ sei jedoch zu konstatieren, dass die nötigen Regelungen immer einvernehmlich getroffen worden seien. Insofern seien die Bestimmungen des Gesetzentwurfes umsetzbar. Zukünftigen Entwicklungen könne Rechnung getragen werden.

Grunderwerb zur Erweiterung von Kernzonen

Landrat **Rolf Christiansen** führt zu den vom Bauernverband Nordwestmecklenburg erwähnten Grundstückskäufen an, dass diese nicht durch die Biosphärenreservatsverwaltung, sondern durch den Zweckverband „Schaalsee-Landschaft“ getätigt würden. Mitglieder des ZV seien die Landkreise Herzogtum Lauenburg (Schleswig-Holstein), Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg sowie die Umweltstiftung WWF Deutschland (World Wide Fund for Nature). Für diese Zwecke seien vom Bund bereitgestellte Mittel (ca. 30 Mio. €) eingesetzt worden. Er sei davon überzeugt, dass die Problematik „in dieser Form“ im Bereich des Biosphärenreservates „Flusslandschaft Elde“ nicht zum Tragen kommen werde. Anstelle eines Zweckverbandes gebe es dort eine Vielzahl selbständiger Akteure.

Keine Probleme aus der Sicht der Kreisverwaltung, wohl aber für die Landwirtschaft

Der **Landrat** hebt hervor, dass aus der Verwaltungssicht des Landkreises beim Vollzug des Gesetzes keine besonderen Probleme zu erwarten seien. Die von den berufsständischen Interessenvertretungen vorgetragenen Befürchtungen würden jedoch „teilweise geteilt“. Gleichwohl sei er der Auffassung, dass viele Fragen bilateral konstruktiv geregelt werden könnten. Das ergebe sich schon daraus, dass – bis auf die Einschränkung des Bauens im Außenbereich – alle anderen Verbote bereits in den NSG-/LSG-Verordnungen enthalten gewesen seien.

Genesis des Gesetzentwurfes

Landrat **Rolf Christiansen** unterstreicht, dass er die Weiterentwicklung des Ressortentwurfes im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung als sehr positiv bewerte, weil viele Hinweise der Angehörten aufgenommen worden seien.

Zu weiteren Artikeln des Gesetzentwurfes

Landrat **Rolf Christiansen** erklärt, dass bei der Übertragung von Aufgaben (Zuständigkeiten für Tiergehege) die Konnexität nach Artikel 72 Abs. 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigt werden müsse. Bezugnehmend auf die schriftliche Stellungnahme des Landkreistages auf ADRs. 6/194 legt er dar, dass es wünschenswert wäre, in § 18 Abs. 1 Nr. 1 NatSchAG M-V die Liste der in Hausgärten geschützten Baumarten um Rosskastanie, Gemeine Esche sowie Ahornarten zu erweitern. Dadurch würde den Bürgerinnen und Bürgern ein höheres Maß an Sicherheit gewährt.

Frau **Ute Lindenau** (Bürgermeisterin der Stadt Lübtheen – schriftliche Stellungnahme auf ADRs. 6/189) erklärt, sie wolle im Folgenden den Gesetzentwurf dahingehend beleuchten, welche Auswirkungen dieser auf ihre Kommune habe.

Verbote gelten bereits – Streichungen wären zu begrüßen

Die Stadt liege inmitten eines Naturparks, in dem es zahlreiche Landschafts- und Naturschutzgebiete gebe, die als FFH- und Vogelschutzgebiete dem Netzwerk „Natura 2000“ angehörten. Insofern bestehe bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein relativ hoher Schutzstatus. Viele der im Gesetzentwurf normierten Verbote würden bereits jetzt bestehen. Das sei vielen Bürgerinnen und Bürgern derzeit gar nicht bewusst. Ihrer Meinung nach wäre es aus kommunaler Sicht „selbstverständlich zu begrüßen, wenn einige dieser Verbote fallen“ würden.

Auswirkungen des Gesetzentwurfes

Bürgermeisterin **Ute Lindenau** verweist darauf, dass das Gebiet um Lübtheen durch eine geringe Einwohnerdichte pro Flächeneinheit gekennzeichnet sei. Obwohl es diesbezüglich örtlich starke Unterschiede gebe, sei die Wirtschaftskraft der Region allgemein nicht sehr groß. Die Stadt sei flächenmäßig vergleichsweise groß und befinde sich mit ihrem gesamten Areal im Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“. Lübtheen sei die größte Einzelgemeinde im Reservat. Mit dem Rückzug der Bundeswehr aus der Region habe man in einem ohnehin strukturschwachen Gebiet einen weiteren wirtschaftlichen Abschwung hinnehmen müssen. Dieser sei sehr schmerzlich gewesen.

- *BR als „Schutzschild“ gegen Braunkohleabbau*

Allerdings würden im Zusammenhang mit der zukünftigen Nutzung des Truppenübungsplatzes (TÜP) Lübtheen auch Chancen gesehen, weil dieser „schon recht einzigartig“ sei, sodass dieser als Naturerlebnisraum und Modellprojekt für erneuerbare Energien genutzt werden könne. Hierfür sei es wichtig, dass die Fläche des TÜP nicht in private Hände gerate. Dabei sei es zweitrangig, ob zukünftig das Land oder der Bund Eigentümer seien. Sie hebt hervor, dass der Status des Biosphärenreservates ein „Schutzschild gegen die Braunkohlelobby“ sei, die die unter dem TÜP nachgewiesene Diatomeenkohle einer Nutzung zuführen wolle. Ob dieser Schutz tatsächlich rechtlich zur Verhinderung des Abbaus ausreiche, könne sie nicht beurteilen. Für viele Einwohner sei das aber ein wichtiges Argument für einen gesetzlichen Schutzstatus.

- *Flankierung des BR durch Förderprogramme*

Bürgermeisterin **Ute Lindenau** erklärt, es wäre wünschenswert, wenn in ihrer Stadt – ähnlich wie in Boizenburg oder Dömitz – ein Informationszentrum errichtet würde, wobei die erforderlichen Gelder zu dessen Errichtung weitgehend über Förderprogramme bereitgestellt werden sollten. Diese seien unabdingbar, „wenn man etwas in der Region erreichen“ wolle.

- *Touristische Entwicklung*

Sie bringt zum Ausdruck, dass man im Zusammenhang mit der gesetzlichen Unterschutz-Stellung des Biosphärenreservates einen Schub für den Tagestourismus erwarte, wie er sich im Bereich des BR „Schaalsee“ gezeigt habe. Das würden Besuche des Schaalsee-Marktes oder während der Wochenenden zeigen. Möglicherweise gelinge es in der näheren Zukunft, ähnliche Entwicklungen auch im BR „Flusslandschaft Elbe“ anzuschließen. Sie verweist darauf, dass die unmittelbar an der Elbe befindlichen Städte Boizenburg und Dömitz touristisch wesentlich interessanter seien als das im Elb-Hinterland gelegene Lübtheen. Auf lange Sicht werde sich der Schutzstatus sicher förderlich auf den Tourismus auswirken, zumal Lübtheen auf eine einhundertjährige Tradition als Luftkurort verweisen könne. Bedauerlicherweise gebe es die damit verbundene Hotel-Infrastruktur nicht mehr und es werde wahrscheinlich auch nicht gelingen, diese wieder aufzubauen. Zudem ließen die Verkehrsanbindungen an das Autobahnnetz zu wünschen übrig, weshalb die Stadt für Firmenansiedlungen recht uninteressant sei. Gleichwohl könne es aber auch nicht schlechter werden. Sie rechne mit einem Image-Gewinn. Auch seien die Entwicklungsziele des Biosphärenreservates aus städtischer Sicht positiv zu bewerten.

- *Kaum Einfluss des BR auf Migrationsverhalten*

Bürgermeisterin **Ute Lindenau** äußert, dass die Sicherung des Biosphärenreservates einen eher geringen Einfluss auf die Abwanderung oder das Auspendeln der Wohnbevölkerung haben werde. „Wer in der Region leben wolle, der lebe jetzt auch dort.“ Die naturräumliche Ausstattung sei ein wesentlicher Aspekt der in der Region vorhandenen Lebensqualität. Größere Wirkungen auf den Arbeitsmarkt seien aber nicht zu erwarten. Allenfalls wären analog zur Schaalsee-Region kleinere Aktivitäten im Bereich des Bewirtungs- und Beherbergungsgewerbes denkbar. Eine „riesige“ wirtschaftliche Stärkung sei sicherlich zu erwarten.

TÜP als Kernzone des BR

Sie unterstreicht, dass es als wichtig angesehen werde, den Truppenübungsplatz in die Kernzone des Biosphärenreservates einzubeziehen. Dafür böten sich insbesondere die stark munitionsbelasteten Teilflächen des TÜP an. Wenn es nicht möglich sei, den TÜP für diese Zwecke zu nutzen, dann werde man mit Sicherheit weitere Landeswaldflächen aus der Nutzung nehmen und der Kernzone des Biosphärenreservates zuschlagen müssen.

Beschränkungen

- *im Bau-Bereich*

Bürgermeisterin **Ute Lindenau** verweist darauf, dass es zusätzlich zu § 35 BauGB über die gemeindliche Bebauungsplanung oder Außenbereichssatzungen Möglichkeiten gebe, Planungen umzusetzen. Es werde nicht davon ausgegangen, dass die Bestimmungen des Gesetzentwurfes genutzt würden, Entwicklungen zu verhindern. Von anderen Sachverständigen gerügte negative Erfahrungen mit der Biosphärenreservatsverwaltung könne sie nicht bestätigen. Es werde dem AfBR auch nicht unterstellt, dass es etwas verhindern wolle. Vielmehr solle man in der Region zukünftig „an einem Strang ziehen und sich auf Kompromisse einigen können.“

- *für die Landwirtschaft*

Sie unterstreicht, dass auch zünftig den Landwirten in der agrarisch geprägten Region die Möglichkeit eingeräumt werden müsse zu wirtschaften. Das gebiete sich schon aufgrund der geringen Bodengüte, die in der Region vorherrsche. Sie hoffe, dass es hinsichtlich der angesprochenen Probleme zu einvernehmlichen Lösungen kommen werde.

Zonierung

Bürgermeisterin **Ute Lindenau** erklärt, sie habe angesichts der Erfahrungen mit dem ehemaligen Truppenübungsplatz Verständnis dafür, dass eine Zonierung per Gesetz präferiert werde. Es wäre „für alle besser“, wenn man von vornherein wüsste, welche Gebiete der Kern-, Pflege- und Entwicklungszone zuzurechnen seien. Durch den Ansatz, die Kern- und Pflegezonen auf Landes- oder Bundesflächen auszuweisen, seien private Grundeigentümer wesentlich entlastet worden.

Fragen der Abgeordneten

1. *Anforderungen der UNESCO an ein Biosphärenreservat*

Abg. **Beate Schlupp** nimmt Bezug auf die eingangs von der AG Grundbesitz getroffenen Feststellung, dass der Ansatz der UNESCO bei der Schaffung von Biosphärenreservaten nicht auf den Tourismus fokussiere, sondern auf die vor Ort ansässige Bevölkerung. Sie möchte wissen, was getan werden müsse, damit der Gesetzentwurf diesem Anspruch gerecht werde.

GF **RA John Booth** unterstreicht, dass die Ziele, die ein Biosphärenreservat haben müsse, gänzlich andere seien, als sie der Gesetzentwurf formuliere. Nach den Vorstellungen der UNESCO seien Biosphärenreservate (Zitat) zwar:

„auch Schutzgebiete ..., die dem Schutz der Biodiversität, der Vielfalt der Arten, der Ökosysteme sowie der genetischen Ressourcen ... (dienen). Besonderheit ... (sei aber), dass dieser Schutz vor allem auch durch die wirtschaftliche Nutzung durch den Menschen erreicht ... (werden solle).“

Die Idee eines UNESCO-Biosphärenreservates sei eine gänzlich andere, als es der Gesetzentwurf vorsehe. Dort gehe es nur darum zu regeln, was der Mensch nicht mehr tun dürfe. Daraus werde eine „völlige Diskrepanz zwischen dem Ziel und dessen Umsetzung“ deutlich. Seines Erachtens fehlten in dem Gesetzentwurf Regelungsrahmen zur regionalen wirtschaftlich-ökonomischen sowie zur sozio-ökonomischen Entwicklung, weil dieser sich nur auf den Aspekt des Naturschutzes konzentriere. Solange diese beiden Teile fehlten, erfülle das Gesetz nicht den beabsichtigten Zweck. Er unterstreicht, dass das Biosphärenreservat de facto bestehe. Man müsse nur Regelungen treffen, die dessen Anerkennung dauerhaft sicherten. Seiner Ansicht nach „schieße der Gesetzentwurf weit über die hierfür nötigen Ziele hinaus“. Er hoffe, dass diese – wie durch die Nachbarbundesländer auch – „auf intelligenterem Wege“ erreicht würden.

- *Ein UNESCO-Schutzgebiet – vier Bundesländer – vier unterschiedliche Herangehensweisen?*

Abg. **Prof. Dr. Fritz Tack** möchte wissen, ob bei der Umsetzung des länderübergreifend einheitlichen UNESCO-Schutzstatus die Gefahr gesehen werde, dass die einzelnen Bundesländer unterschiedliche Wege mit voneinander abweichenden Bestimmungen für die einzelnen Zonen des Biosphärenreservates wählten, sodass es zu Wettbewerbsverzerrungen bei den Flächennutzern kommen könnte.

Vorstandsvors. **Rolf Christiansen** erklärt, er sehe aus touristischer Sicht erhebliche Nachteile für den Fall, dass die mecklenburgische „Flusslandschaft Elbe“ den Status eines Biosphärenreservates verlöre. Diese ergäben sich daraus, dass die regionale Marketingstrategie ihre Grundlage einbüßen würde.

Vors. **Jörg Haase** äußert, der Kreisbauernverband stelle keineswegs den Status des Biosphärenreservates infrage, sondern lediglich die im Gesetzentwurf getroffenen Regelungen. Er könne nicht einschätzen, inwieweit die Verwaltungsgrenzen aufgrund des geltenden unterschiedlichen Landesrechts von den Touristen überhaupt wahrgenommen würden, wenn sie sich von mecklenburgischen Territorium aus in das niedersächsische Amt Neuhaus bewegten oder umgekehrt. Gleichwohl verhehle er nicht die Berechtigung der Fragestellung und das Erfordernis einer Klärung. Dieses werde schon dadurch bekräftigt, dass offenbar die Behörden „untereinander nicht klarkämen“. Für den Bereich der Landwirtschaft würden sich aus den unterschiedlich strengen Bestimmungen zwangsläufig Marktnachteile für die eine oder andere Seite ergeben. Er illustriert diesen Sachverhalt anhand des Vergleichs „eines freien Bauern im Klützer Winkel und seines Berufskollegen im Biosphärenreservat, der mit Einschränkungen zu leben habe und von der Willkür der Behörde abhängig sei“. Er könne die erwähnten Nachteile nötigenfalls auch mit Zahlen belegen.

Vizepräs. **Detlef Kurreck** pflichtet seinem Vorredner bei: Man sei nicht „von der Sache her“ gegen das Biosphärenreservat, sondern lediglich wegen „des nicht mehr zeitgemäßen Gesetzestextes, der von Einschränkungen und nicht genau definierten Ausgleichsleistungen lebe“. Eine solche Herangehensweise sei im Gegensatz zu „modernem Vertragsnaturschutz rückwärts gewandt“. Heute komme es vielmehr darauf an, „die Leute zu animieren, von sich aus in die gewünschte Richtung zu gehen“.

2. *Notwendigkeit eines Gesetzes*

Abg. **Beate Schlupp** nimmt Bezug auf die Aussage der AG Grundbesitz, dass der Gesetzentwurf verfassungsrechtlich bedenklich sei, wenn nicht sichergestellt werde, dass die Abgeordneten sich über die Konsequenzen im Klaren seien, welche Wirkungen von diesem Rechtsakt ausgehen würden. Diese Frage sei deshalb bedeutsam, weil davon ausgegangen werden könne, dass es Klagen gegen das Gesetz geben könnte. Von Interesse sei, ob dieser Sachverhalt gegebenenfalls für die Auslegung des Gesetzes von Bedeutung sein könnte.

GF **RA John Booth** führt zum Parlamentsvorbehalt nach § 14 NatSchAG M-V, dass man sehr genau prüfen müsse, welche elementaren Regelungen im Hinblick auf ein Biosphärenreservat zwingend zu treffen seien. § 25 BNatSchG nenne hier „ganz klar“ die Zonierung. Ohne die Ausweisung der Zonen bestehe de facto kein Biosphärenreservat. In dem Moment, in dem ein Gesetz verabschiedet werde, dass die Klärung der Frage der Zonierung zeitlich verschiebe, bestehe das Biosphärenreservat aufgrund der fehlenden Zonierung nicht, weil gegen den Gesetzesvorbehalt verstoßen werde. Seines Erachtens sei es aufgrund des Vorbehalts nicht machbar, die Festlegung der Zonen über eine Verordnung der Exekutive vorzunehmen. Aufgrund dessen sei denkbar, dass von Privatpersonen, die sich in ihren Rechten beeinträchtigt sähen, ein Normenkontrollverfahren angestrengt werde. Des Weiteren könnte auch bei Klagen bezüglich der Rechtmäßigkeit von auf der Grundlage des Gesetzes ergangenen Entscheidungen (z. B. Versagung von Genehmigungen) eine gerichtliche Klärung vorgenommen werden, ob das Gesetz rechtmäßig ergangen sei. GF **RA John Booth** pflichtet der Fragestellerin dahingehend bei, dass es bei der

Einschätzungen der Gesetzesfolgen wichtig sei zu wissen, welche Gebiete Kernzone seien. Zwar sei es „lobenswert“, die Kernzonen auf landeseigenen Flächen auszuweisen, doch würden die dort eintretenden Beeinträchtigungen zum Nachteil des Landes und damit für die Gesamtheit seiner Bürgerinnen und Bürger gehen, indem die öffentliche Hand auf Einnahmen aus der Bewirtschaftung verzichte.

Vizepräs. **Detlef Kurreck** bekräftigt, dass es „zur politischen Ehrlichkeit eines Gesetzgebungsverfahrens“ gehöre, den Bürgerinnen und Bürgern offen zu sagen, welche Auswirkungen auf sie zukämen. Erst wenn feststehe, wo Kernzonen ausgewiesen würden, könnten die davon ausgehenden Wirkungen beurteilt werden.

Abg. **Udo Pastörs** erklärt, von der Stadt Lübtheen sei schriftlich mitgeteilt worden, das Gesetz sei zwingend notwendig, um den Status eines Biosphärenreservates langfristig zu erhalten. Andere Prüfungen hätten ergeben, dass der Status eines Naturparks für diesen Zweck völlig ausreiche.

GF **John Booth** erklärt, dass die Anerkennung der „Flusslandschaft Elbe“ als Biosphärenreservat bereits bestehe. Zweck des Gesetzes sei es, diesen Status dauerhaft zu erhalten. Das könne durchaus über ein Biosphärenreservatsgesetz geschehen. Die Frage sei aber, ob ein solches dieselben Inhalte haben müsse, wie der vorliegende Gesetzentwurf. Im Gegensatz zu Landrat Rolf Christiansen könne er aus den Bestimmungen des Gesetzentwurfes heraus keinen klaren Handlungsauftrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region erkennen. Allenfalls bei den Zielen des Gesetzes finde sich dieser Aspekt. Seiner Auffassung nach gebe es „einen ganzen Blumenstrauß“ von verwaltungsrechtlichen und gesetzgeberischen Möglichkeiten, ein Gebiet dauerhaft als UNESCO-Biosphärenreservat anerkennungsfähig zu halten. Es müsse nicht unbedingt ein Biosphärenreservatsgesetz sein; auch die Ausweisung eines Nationalparks wäre ebenso denkbar, wie weniger starke Mittel. Hervorzuheben sei, dass das nationale Biosphärenreservatsregime ein sehr starkes Instrument sei. Wenn das Gebiet „Flusslandschaft Elbe“ aus sich heraus national rechtlich nicht Biosphärenreservat sein solle – weil es nur um die Versteigerung des UNESCO-Status gehe –, dann sei dieses Gesetz nicht erforderlich. Es gebe sehr viele Möglichkeiten, das beabsichtigte Ziel auf andere Weise und mit

weniger starken Einschränkungen zu erreichen, was aus Sicht der Nutzer wünschenswert wäre.

3. Akzeptanz des Gesetzentwurfes

Abg. **Beate Schlupp** verweist darauf, dass von allen Sachverständigen die nachträgliche Festlegung der Kern-, Pflege- und Entwicklungszone im Wege einer Rechtsverordnung der obersten Naturschutzbehörde (§ 12) als problematisch angesehen worden sei. Der Landtag sei dementsgegen aufgefordert worden, seinen gesetzgeberischen Verpflichtungen nachzukommen und selbst eine Entscheidung zu treffen. Sie möchte deshalb wissen, welche Auswirkungen die Ausweisung der genannten Zonen habe. Diese Informationen seien wichtig, um die Tragweite der entsprechenden Entscheidungen für die Landwirtschaft einschätzen zu können. Es sei von Interesse, ob es diesbezüglich Modellrechnungen gebe. Weiter sei im Hinblick auf die Akzeptanz in der Bevölkerung von Interesse, welche Regelungen im Gesetz getroffen werden sollten und welche in einer Rechtsverordnung. Weiter sei anzumerken, dass sich der Gesetzgeber bei jedem Gesetz die Frage stellen müsse, welche finanziellen Auswirkungen der Rechtsakt für das Land habe. Von daher sei es wichtig zu erfahren, in welcher Höhe Ausgleichsleistungen für Erschwernisse durch das Land fällig werden könnten.

Vors. **Jörg Haase** ergänzt, dass in Unkenntnis der Lage zukünftiger Kernzonen deren konkrete Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht eingeschätzt werden könnten. Er merkt weiter an, dass die Landwirte „sehr darum kämpfen würden“, regional selbständig zu sein. Die Bauern wollten ihre Familien mit ihrer Hände Arbeit ernähren, anstatt auf Zuwendungen der öffentlichen Hand (zu der auch die EU zähle) angewiesen zu sein, die von der Bevölkerung als „sehr schlecht“ empfunden würden. Deshalb forderten die Landwirte Wettbewerbsgleichheit und eine Stärkung des Agrarbereiches in Mecklenburg-Vorpommern. Es sei nicht einsehbar, warum ein Landwirt an der Elbe (aufgrund der Beschränkungen des Gesetzentwurfes) schlechter gestellt sein solle als sein Berufskollege im mittleren Mecklenburg. Seiner Ansicht nach bedürfe es zur Ausweisung des Biosphärenreservats keines Gesetzes, sondern die bereits festgesetzten unterschiedlichen

Schutzgebietskategorien (Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet) seien völlig ausreichend, zumal es „wunderbar laufende Landkreise“ gebe, die die Betreuungsaufgaben leisten könnten. Er teile die Befürchtung, dass eine auf ausschließlich eine Aufgabe fixierte Behörde (AfBR) sich ausschließlich auf diese konzentrieren würde und dabei das Allgemeinwohl aus dem Blick verlöre.

4. *Gesetzesfolgen*

4.1 *Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Flächennutzung*

- *von der Kernzone ausgehende Beeinträchtigungen der Pflege- und Entwicklungszone*

Abg. **Thomas Krüger** äußert, der Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern habe in seiner Stellungnahme mitgeteilt, dass in Nachbarschaft zur Kernzone wirtschaftende Landwirte aufgrund von Änderungen im Kerngebiet stark in Mitleidenschaft gezogen würden. Er erbitte diesbezüglich weiter Erläuterungen, inwiefern das der Fall sei.

Vizepräs. **Detlef Kurreck** legt dar, dass die getroffene Feststellung aus den Erfahrungen der Bauern resultiere. In anderen Schutzgebieten habe man ähnliche Feststellungen machen müssen. Die Beeinträchtigungen würden nicht „am Tage der Unter-Schutz-Stellung“ eintreten sondern erst im Laufe der Zeit zu wirken beginnen. Oftmals seien diese Effekte auf das Wasser zurückzuführen, weil es nicht „an der Grenze zur Kernzone aufhöre zu fließen“. Hinzu komme, dass sich Betriebsgrenzen nicht nach den hydrologischen Bedingungen der Böden richteten. Ähnliches treffe auf das Wechselverhalten des Wildes zu. An den Rändern der großen Nationalparks pflanzten sich in diesen geltende Einschränkungen in die umliegenden Betriebe fort. Beispielsweise würden sich andere Institutionen – Stiftungen – bemühen, Flächen in der Pflege- und Entwicklungszone zu erwerben, um „Insellösungen“ zu schaffen, die dann wiederum mit einer Pflege- und Entwicklungszone zu versehen seien und so das Schutzgebiet vergrößerten.

- *Beeinflussung des hydrologischen Regimes durch vernässte Kernzonen*

GF **Harald Elgeti** erklärt, in der Kernzone eines Biosphärenreservats sei jegliche wirtschaftliche Tätigkeit untersagt. Das führe beispielsweise zu einer erheblichen Erhöhung des Wasserstandes, die sich auch auf angrenzende Flächen auswirke. Wenn der TÜP Lübtheen nicht zur Verfügung stehen sollte, dann würden statt einer großen zusammenhängenden Kernzone (3 % der Gesamtfläche) viele kleinere entstehen, von denen in einem bedeutend größeren Umfang Beeinträchtigungen auf angrenzende Flächen ausgehen würden, woraus wiederum wesentlich größere Entschädigungsleistungen resultierten.

Vors. **Jörg Haase** legt dar, dass sich bei der Vernässung der Kernzone das Wasser in benachbarten Nutzflächen anstae. Dadurch sei das Abfließen nicht mehr gewährleistet. Dadurch breite sich die Vernässungszone „schrittweise schleichend“ auf benachbarte landwirtschaftliche Flächen aus. Gleiches treffe für die Verbuschung und Vergrasung zu. Einerseits wollten die Landwirte weniger Pflanzenschutzmittel einsetzen, andererseits seien sie aber gezwungen, aufgrund des Unkrautdrucks und der Winderosion höhere Aufwendungen zu tätigen.

Vizepräs. **Detlef Kurreck** kritisiert, dass der Gesetzentwurf zudem Regelungen zur Gewässerunterhaltung schuldig bleibe. Deshalb seien die betroffenen Betriebe hochgradig sensibilisiert und übten schon jetzt Kritik – solange es noch möglich sei einzuwirken.

- *durch die Erhöhung des Drucks auf den Bodenmarkt infolge des Herauskaufs landwirtschaftlicher Flächen zur Erweiterung der Kernzone*

Vors. **Jörg Haase** gibt den Hinweis, dass ein zusätzlicher „Flächendruck“ durch den Aufkauf von Flächen durch den Zweckverband „Schaalsee-Landschaft“ zur Arrondierung der Kernzonen entstehe. Die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern sowie die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) seien ohnehin angehalten, an den Zweckverband Boden zu verkaufen. Grundstückseigentümern, die kernzonennahe Flächen verkaufen wollten, werde zudem ein Tausch mit außerhalb des Biosphärenreservates gelegenen Flächen in Aussicht gestellt. Dabei werde jedoch außer Acht gelassen, dass es im Kreis Nordwestmecklenburg nur 140.000 ha landwirtschaftliche Fläche und eine gewisse Zahl an Landwirten gebe, sodass man das Areal, das man einer Person geben wolle, zuvor einer anderen wegnehmen müsse. Des Weiteren habe sich das Preisniveau in nur drei Jahren von 12.000 €/ha auf 33.000 €/ha erhöht. Das lasse die Frage entstehen, wie man diesen Kaufpreis über eine landwirtschaftliche Flächennutzung erwirtschaften solle, zumal weitere Einschränkungen (kein Bau von Biogas- oder Windkraftanlagen) beständen. Dabei werde von den Landwirtschaftsbetrieben erwartet, dass sie Familien ernährten und die Region um Gadebusch stärkten.

- *durch überhöhte Wilddichten in der Kernzone auf angrenzenden Flächen entstandene Schäden*

Abg. **Udo Pastörs** erklärt, die Entwicklung der Schwarzwildbestände stelle für viele Landwirte aufgrund der verursachten Schäden „ein Riesenproblem“ dar. Von Interesse sei, inwieweit diesbezüglich mit einer Verschärfung gerechnet werden müsse, wenn sich die Kernzone aufgrund des dort geltenden Jagdverbotes zu einem Rückzugsgebiet für Windschweine entwickle. Im Grunde genommen könne die Jägerschaft dagegen nichts tun, müsse aber für die durch die Sauen auf angrenzenden Flächen verursachten Schäden haften.

Abg. **Dr. Ursula Karlowski** ergänzt die Fragestellung dahingehend, ob es Belege dafür gebe, dass die geschilderte Entwicklung tatsächlich eintreten werde und mit einer erhöhten Inanspruchnahme der Wildschadensausgleichskasse gerechnet werden müsse. Sie möchte wissen, von welchen Steigerungsraten zu rechnen sei.

Herr **Jürgen Behrens** [Geschäftsführer der Wildschadensausgleichskasse des Landkreises Ludwigslust-Parchim (WSAK)] legt dar, dass nach dem Text des Gesetzentwurfes die Jagdausübung durch ein „Wildtiermanagement“ ersetzt werden solle. Von der Begriffsbestimmung her gebe es zwischen beiden kaum Unterschiede. Vergleichbare Verbote wie in § 7 Abs. 2 Nrn. 10, 11 und 12 hätten in der Vergangenheit im Nationalpark „Müritz“ zu fehlerhaften Entwicklungen geführt, die man anderenorts nicht wiederholen sollte. Diesen sollte „gründlich vorgebeugt“ werden. Die Wildschadensausgleichskasse sehe ausgehend von dem Gesetzentwurf die ordnungsgemäße Jagdausübung „sehr deutlich infrage gestellt“. Diese werde deshalb „fast unmöglich“ sein, weil der TÜP Lübtheen bekanntermaßen mit seinen Wald- und Ödlandflächen ein „Kerngebiet“ für Rot- und Schwarzwild darstelle. Unmittelbar daran grenzten jedoch landwirtschaftliche Flächen (Acker- und Grünland). Die aus der Arbeit der WSAK gewonnenen Erfahrungen belegten, dass es gerade in den Randzonen zu ganz hohen Wildschäden komme. Exemplarisches Beispiel sei ein 20-ha-Rapsschlag, der so stark geschädigt worden sei, dass ein Ausfall von über 20.000 € entstanden sei. Die das Schalenwild in der Region bewirtschaftende Hegegemeinschaft „Rögnitz-Tal“ habe vor zwei Jahren 450 Stück Rotwild zur Stecke gebracht, im vergangenen Jahr seien es 650 Tiere gewesen. Ausschlaggebend für Aufstockung des Abschussplanes sei die Erkenntnis gewesen, dass stärker als bisher in den Bestand eingegriffen werden müsse, indem die Zuwachsträger (Hirschkühe) bejagt werden. Er äußert die Überzeugung, dass sich die Population und damit die Schadenshöhe durch die Schaffung von Wildruhezonen „mit Sicherheit“ potenzieren würden. Wenn bei einem Sauenbestand von 100 Tieren ein Jahr lang auf eine Bejagung verzichtet werde, dann wachse der Bestand binnen Jahresfrist auf 330 Stück und nach einem weiteren Jahr auf 1.000 Stück an.

Vors. **Jörg Haase** entgegnet, dass es zu keiner Zeit einen so hohen Schwanen-, Gänse- und Kranichbesatz gegeben habe, wie nach der Ausweisung des Biosphärenreservates. Andererseits habe die Region für Kulturfolger – wie den Weißstorch – an Attraktivität verloren. Wenn Wiesen nicht mehr gemäht werden dürften, fielen die Lebensgrundlagen für Störche weg und die Tiere wanderten ab.

- *Beeinträchtigung der Landwirtschaft aus kommunaler Sicht*

Abg. **Udo Pastörs** erfragt, welche Bedrohungen sich ausgehend von den Regelungen des Gesetzentwurfes aus der Sicht der Stadt Lübbtheen für die Agrarwirtschaft ergeben könnten.

Bürgermeisterin **Ute Lindenau** verweist darauf, dass an den Flüssen Rögnitz und Sude bereits „alte“ Pflegezonen beständen, die mit Einschränkungen für die Landwirtschaft verbunden seien. Dabei handle es sich um Grünlandflächen, die allenfalls gemäht werden könnten. Diese Nutzung werde schon allein durch den hohen Wasserstand in den Flächen eingeschränkt. Auch könne es zu Ertragseinbußen kommen, die den Landwirten zu entschädigen seien. Sie unterstreicht, dass man die Landwirtschaft in der Region brauche. Deshalb müsse Sorge getragen werden, dass die Betriebe auch mit den Einschränkungen überleben könnten. Sie gehe davon aus, dass Beeinträchtigungen bei ökologisch wirtschaftenden Höfen geringer seien als bei konventionellen Unternehmen.

Abg. **Prof. Dr. Fritz Tack** erbittet Auskunft, ob sich die aus dem Gesetzentwurf resultierenden Vor- und Nachteile aus der Sicht einer kleinen Gemeinde anders darstellten, als von der Bürgermeisterin der Stadt Lübbtheen ausgeführt worden sei.

Landwirt **Peter Guhl** äußert Verständnis für die Position der Stadt. „Wie immer im Leben“ werde das geringere Übel gewählt. In diesem Fall werde der Nutzung des TÜP als Kernzone des Biosphärenreservates gegenüber dem Braunkohlenabbau der Vorzug gegeben. Aus der Sicht der Gemeinde Teldau sei immer wieder abgewogen worden, ob es aus dem Gesetzentwurf heraus nicht auch Ansätze gebe, die als Potenziale für deren weitere Entwicklung genutzt werden könnten. Man habe diese

jedoch nicht finden können. Ähnlich verhalte es sich für die Bürgerinnen und Bürger sowie die landwirtschaftlichen Betriebe.

- *Beeinträchtigungen: gefühlt oder real?*

Abg. **Dr. Mignon Schwenke** nimmt die von den Landwirten befürchten Beeinträchtigungen zum Anlass nachzufragen, ob diese anlassbezogen seien oder direkt aus den Bestimmungen des Gesetzentwurfes resultierten. Die Aussage, es gebe „viele Probleme mit der Biosphäre Schaalsee“, sei in ihren Augen nur wenig belastbar. Unberücksichtigt blieben dabei die Entwicklungsmöglichkeiten, die sich möglicherweise für landwirtschaftliche Betriebe eröffnen würden.

Vors. **Jörg Haase** bedauert, dass ihm der zeitliche Rahmen für seinen Vortrag nicht gestattet habe, dezidiert auf Fallbeispiele aus dem BR „Schaalsee“ einzugehen, die in Bezug auf das BR „Flusslandschaft Elbe“ geäußerte Befürchtungen erhärteten. Er habe das zum Anlass genommen, den Agrarausschuss zu einem Besuch der Schaalsee-Region einzuladen. Dabei könne sich der Ausschuss dann unter anderem von den Auswirkungen der Kernzone auf benachbarte bewirtschaftete Flächen überzeugen.

4.2 Auswirkungen auf die Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Abg. **Thomas Krüger** äußert, der NABU habe für einen großen Teil der im Biosphärenreservat lebenden Menschen sowie wirtschaftenden Betriebe keine Nachteile ausmachen können. Im Gegenteil seien für die Vermarktung der Agrarerzeugnisse unter dem Label „Biosphärenreservat“ Vorteile gesehen worden. Diese Aussage sei von der berufsständischen Interessenvertretung mit dem Hinweis auf Beeinträchtigungen durch Wildschäden, Vernässung der Flächen, Eintrag von Unkräutern sowie Gehölz-Sukzession verneint worden. Von Interesse sei, wie die prognostizierten Vorteile zum Tragen kommen könnten.

Ref.'in **Manuela Heberer** erklärt, dass der NABU grundsätzlich für eine nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung eintrete. Sie sei überzeugt davon, dass Landwirte, die sich dem Gedanken des Biosphärenreservates anschließen, auch einen Nutzen daraus ziehen würden. Dagegen würden Unternehmen, die weiter intensiv wirtschaften oder diese Nutzung weiter forcieren wollen, mit Schwierigkeiten zu rechnen haben. Für den NABU gehörten Landschaftselemente und Strukturreichtum zu einer nachhaltigen Landbewirtschaftung.

Landwirt **Peter Guhl** stellt die Frage in den Raum, wer schon etwas von der viel gepriesenen Regionalmarke „mitbekommen“ habe. Ihm sei diese völlig unbekannt. Den „netten, kleinen, elitären Schaalsee-Markt“ habe es bereits vor der Festsetzung des Biosphärenreservates „Schaalsee“ gegeben. Die Landwirte in der Region, die dort ihre hochwertigen Produkte in kleinen Chargen herstellten, würden das nicht tun, weil sie im Biosphärenreservat lokalisiert seien. Sie würden das tun, weil „sie es könnten und einen Absatz hätten“. Er informiert, dass sein Betrieb seit 18 Jahren in der Direktvermarktung tätig sei. Man versuche dabei, die Regionalität in den Vordergrund zu stellen. Es gebe genügend Studien, wonach „Regionalität das neue Bio“ sei. Die Verbraucher würden „darauf abfahren“, zu wissen, wo ein Produkt herkomme und wer es hergestellt habe. Er vermute, dass er – wenn er auf eine Flasche Milch draufschriebe „Aus dem Biosphärenreservat Mecklenburgisches Elbtal“ – „nicht einen Cent mehr verlangen oder keinen Liter Milch mehr verkaufen könnte, als das ohne diesen Aufdruck der Fall sei.

4.3 Auswirkungen auf die Jagdausübung

- *Jagdliche Einrichtungen im Biosphärenreservat*

Abg. **Thomas Krüger** stellt die Frage, welche Vorgaben es in Bezug auf jagdliche Einrichtungen in anderen Biosphärenreservaten gebe und welche Erfahrungen damit gemacht worden seien.

Vizepräs. **Wilfried Röpert** legt dar, dass jagdliche Einrichtungen (Ansitzkanzeln) für den Schutz des Jägers vor der Witterung sowie die Schaffung eines geeigneten Schussfeldes unerlässlich seien. Des Weiteren seien diesen auch Kirsungen und Mahlbäume (Bäume, an denen sich das Wild scheuern kann) zuzurechnen. In dem Ressortentwurf seien diese nicht mit enthalten gewesen. Inzwischen seien Absprachen mit dem AfBR erfolgt, dass solche jagdlichen Einrichtungen für die jagdliche Praxis erforderlich seien und errichtet werden könnten.

- *Jagdbehörliche Aufgaben dort ansiedeln, wo die Kompetenzen sind*

GF **Jürgen Behrens** erklärt, er sehe die Gefahr, dass der in Fragen des Wildtiermanagements kompetenten unteren Jagdbehörde des Landkreises Aufgaben weggenommen und dem mutmaßlich weniger kompetenten AfBR übertragen würden. Er spricht sich dafür aus, die im Gesetzentwurf enthaltenen Verbote in Abstimmung mit dem Landesjagdverband sowie dem Kreisjagdverband zu lockern. Während einer Zusammenkunft von Vertretern aller Hegeringe Ende vergangenen Jahres seien diese Sachverhalte sehr gründlich erörtert worden. Im Ergebnis dessen sei die Forderung formuliert worden, „nicht vorschnell in der Gesetzgebung Fehler zu begehen, sondern behutsam die Jäger einzubeziehen.“ Er hebt hervor, dass sowohl das Bundes- als auch das Landesjagdrecht ähnliche Hegeziele formulierten, die für das Gebiet der Kernzone des Biosphärenreservates teilweise eingeschränkt werden könnten. Das sollte jedoch in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Ziel geschehen, größeren Schaden abzuwenden.

- *Haftung des AfBR für Wildschäden sowie Grenzbeitrag klären!*

GF **Jürgen Behrens** informiert, dass nach § 4 Abs. 4 der Beitragssatzung des WSAK Ludwigslust-Parchim ein sogenannter Grenzbeitrag für die Regulierung von Schäden in benachbarten Jagdbezirken aufgrund einer nicht erfüllten Abschussplanung gezahlt werden müsse. Derjenige, der durch Unterlassung der Bejagung einen überhöhten Wildbestand verursache, werde dadurch für den Schaden mitverantwortlich gemacht. Das träfe auch für die Verwaltung des Biosphärenreservates zu. Insofern sei es dringend erforderlich, die Haftungsfragen für das AfBR sowie die Entrichtung des Grenzbeitrages eindeutig zu klären.

4.4 Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus

- *Wertschöpfung durch Tourismus*

Abg. **Beate Schlupp** erbittet Auskunft, ob es Zahlen dazu gebe, welches Wertschöpfungspotenzial dem Tourismus mit und ohne BR-Status beizumessen sei.

Vors. **Jörg Haase** wirft ein, er könne „auf Anhieb“ fünf Gaststätten in der Region zwischen Lassahn und Utecht benennen, die in den zurückliegenden Jahren aufgrund fehlender Rentabilität geschlossen worden seien. Wenn man das Land Mecklenburg-Vorpommern für Gäste aus der Metropolregion Hamburg erlebbar machen wolle, dann sei dazu nicht nur eine intakte Umwelt nötig, sondern auch ein intakter ländlicher Raum. Infolge der Unter-Schutz-Stellung des Schalseegebietes seien auf den Flächen zwischen Mustin und Roggendorf Veränderungen eingetreten, die dem mit Sicherheit nicht dienlich seien. „Das sei nicht mehr Mecklenburg-Vorpommern.“

Vorstandsvors. **Rolf Christiansen** verweist auf Defizite im Gaststätten-Bereich. Für ihn sei es schlichtweg unverständlich, dass am Schaalsee Fisch aus der Müritz auf der Speisekarte stehe. In seinen Augen sei das eine „wenig kluge Marketingstrategie“. Er bestätigt, dass „eine ganze Reihe“ von Gaststätten aufgegeben habe. Diese seien aber mit Sicherheit nicht deshalb geschlossen worden, weil es dort ein Biosphärenreservat gebe. Vielmehr habe das mit „der allgemeinen Situation“ zu tun. Auf der anderen Seite habe es aber auch Neueröffnungen gegeben. Insgesamt habe der Tagestourismus eine erhebliche Bedeutung in diesem Gebiet erlangt. Diesbezüglich seien Zählungen durchgeführt worden, deren Ergebnisse beim Amt für das Biosphärenreservat Schaalsee abgerufen werden könnten. Seines Wissens hätten sich in den beiden zurückliegenden Jahren etwa 500.000 Besucher jährlich in der Schaalsee-Region aufgehalten, die einen Umsatz von 7 bis 11 Mio. € generiert hätten. Dieses Ergebnis sei auf die gezielte Vermarktung der Region als Natur- und Kulturlandschaft zurückzuführen. Man gehe davon aus, dass in Zusammenarbeit mit der Metropolregion Hamburg ein weiterer Ausbau durchaus möglich sei. Hierfür seien weitere ansprechende Übernachtungs- und Versorgungsmöglichkeiten zu schaffen.

Abg. **Burkhard Lenz** nimmt Bezug auf die Aussage, dass der Tourismusverband Mecklenburg-Schwerin durch die gesetzliche Sicherung des Biosphärenreservates einen Anstieg der Besucherzahlen erwarte. Da das Biosphärenreservat derzeit aber bereits de facto bestehe, ergebe sich die Frage, woraus sich dieser positive Effekt ergeben solle, zumal die von den Touristen im Gebiet getätigten Ausgaben ein „sehr, sehr niedriges Niveau“ hätten.

Vorstandsvors. **Rolf Christiansen** erläutert, dass per Gesetz gewisse Aufgaben und Entwicklungsziele festgeschrieben würden, die dann das AfBR aufgreife, um sie gemeinsam mit den handelnden Akteuren vor Ort umzusetzen. Seiner Einschätzung nach sei um den Schaalsee herum „unheimlich viel“ geschehen. Aufgrund der gesetzlichen Aufgabenstellung habe man für die verschiedenen Infrastruktur- und Naturmaßnahmen „unheimlich viele“ Mittel (ca. 33 Mio. €) akquirieren können, die der Landkreis so nicht hätte aufbringen können.

- *Übertragung positiver Erfahrungen mit der „Regionalmarke Schaalsee-Region“ auf die Flusslandschaft Elbe*

Abg. **Dr. Ursula Karlowski** erklärt, dass die Regional-Marktanalyse gute Ergebnisse für den Tourismus ausweise. Von Interesse sei, ob ebenfalls für das Elbe-Gebiet ähnliche oder gar bessere Chancen gesehen würden. Die sozialwissenschaftlichen Befragungen in der Schaalsee-Region seien ebenfalls sehr positiv ausgefallen. Von daher wolle sie wissen, ob ähnliche Ergebnisse auch für das Elbe-Gebiet zu erwarten seien. Sie legt dar, dass ein Gesetz immer nur den Rahmen für ein Entwicklungskonzept darstellen könne. Die Erstellung des Konzeptes selbst sei eine andere Sache. Ihrer Auffassung nach habe das Konzept für das Biosphärenreservat eine durchaus positive Entwicklung im ländlichen Raum ausgelöst.

Vors. **Jörg Haase** erklärt, er sehe keine Vorbehalte gegen das Biosphärenreservat an sich. Dieses sei vielmehr „eine gute Sache“. Wenn er von Westmecklenburg an die Elbe – nach Dömitz – schaue und die vielen Touristen sehe, dann sei er sogar etwas „neidisch“. Von dieser Attraktivität würden die Festungsstadt sowie die umliegenden Orte in starkem Maße profitieren, auch ohne dass es bislang eine gesetzliche Regelung gegeben habe.

Vorstandsvors. **Rolf Christiansen** äußert, er gehe fest davon aus, dass die positiven Ergebnisse bei der Entwicklung einer „Regionalmarke Schaalsee-Region“, die inzwischen gut eingeführt sowie etabliert sei und sich einer großen Nachfrage erfreue, auf die Elbtallandschaft übertragen werden könnten. Allerdings dürfe auch nicht außer Acht gelassen werden, dass sich beide Gebiete grundsätzlich unterscheiden würden. Bei der Schaalsee-Region handle es sich um ein relativ geschlossenes und arrondiertes Gebiet, während die Flusslandschaft Elbe ein dem Flusslauf folgender mehr oder weniger schmaler Streifen sei. Deshalb werde das Besucherverhalten dort ein anderes sein, als das am Schaalsee der Fall sei. Aus dem genannten Grunde komme der Zusammenarbeit mit niedersächsischen Körperschaften (Landkreis Lüneburg, Amt Neuhaus) eine besondere Bedeutung zu, weil es für die Besucher marginal sei, zu welchem Land oder Landkreis die besuchte Region gehöre. Vielmehr liege deren Fokus auf dem Erleben der „wunderschönen Orte und faszinierenden Landschaften“. Es sei damit zu rechnen, dass sich weitere

Unternehmen der „Regionalmarke“ anschließen würden, um damit zu werben. Er unterstreicht, dass jeder „Touristiker“ nach einem „Leuchtturm“ suche, an dem er sein Marketingkonzept für seine Region „festmachen“ könne. Für die Tourismusregion Mecklenburg-Schwerin sei es ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal und „aus Marketinggründen ein ganz erhebliches Pfund“, über zwei Biosphärenreservate verfügen zu können. Dieses dürfe unter keinen Umständen verlorengehen.

Abg. **Udo Pastörs** erbittet Auskunft, worauf sich vorstehende Feststellung gründe. Seiner Meinung nach könne die bestehende Marketingstrategie beibehalten werden, weil das Biosphärenreservat tatsächlich bestehe. Der derzeitige Zustand werde dadurch nicht besser, dass man „ein Gesetz draufsattelt, das zu einer schleichenden Enteignung der Flächeneigentümer in diesem Gebiet führe“. Er erfragt, worin „marketingtechnisch“ die Verbesserung bestehe, wenn das Gesetz in der vorliegenden Fassung Rechtskraft erhalte.

Vorstandsvors. **Rolf Christiansen** erklärt, er sehe in dem Gesetzentwurf ein taugliches Instrument zum dauerhaften Erhalt des BR „Flusslandschaft Elbe“. Aus touristischer Sicht sei es wichtig, dass es ein solches Instrument gebe, welches die dauerhafte Sicherung garantiere. Die Landesregierung habe hierfür den Weg eines Gesetzgebungsverfahrens gewählt. Aus der Sicht des TV Mecklenburg-Schwerin sei das eine Variante, mit der dessen Forderungen erfüllt würden. Das schließe aber andere rechtliche Möglichkeiten keineswegs aus.

- *Ausbau der touristischen Infrastruktur*

Abg. **Thomas Krüger** zitiert aus einer der eingegangenen Stellungnahmen:

„Die Vermarktung als touristisches Gebiet bedarf der Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, wie Fahrradwegen, Rastplätzen, Übernachtungsmöglichkeiten, Gaststätten, Zeltplätzen etc. Die Genehmigungsfähigkeit solcher Strukturvorhaben wird durch den Gesetzentwurf im Wesentlichen verhindert werden.“

Für ihn sei von Interesse, ob der Tourismusverband Mecklenburg-Schwerin diese Einschätzung teile.

Vorstandsvors. **Rolf Christiansen** antwortet, dass auch derzeit schon durch die für bestehende Natur- und Landschaftsschutzgebiete geltenden Restriktionen der Ausbau touristischer Infrastruktur behindert werden könnte. Bei der Umsetzung derartiger Vorhaben dürfe nicht unberücksichtigt bleiben, welcher gesellschaftliche Konsens bezüglich der Entwicklung der Region bestehe. Anfang der 1990er Jahre habe es beispielsweise ein Projekt gegeben, in der Gemeinde Vielank einem Vergnügungspark zu errichten – heute seien „alle heil froh“, dass dieses Vorhaben aus naturschutz- und wasserrechtlichen Gründen nicht zur Umsetzung gelangt sei. Stattdessen sei das Vielanker Brauhaus entstanden, das mit seinen vielfältigen Aktivitäten eine über die Region hinausgehende Anziehungskraft auf Besucher und Tagestouristen ausübe. Dieses Beispiel illustriere das Erfordernis, sehr genau zu analysieren, welche touristischen Attraktionen man in der Region haben wolle. Ein weiterer Aspekt sei, an welchen Orten Rast- oder Beobachtungsplätze errichtet werden sollen. Dort, wo heute schon Einschränkungen beständen, werde es auch zukünftig nicht möglich sein, solche zu bauen. Grundsätzlich sei der Bau solcher Einrichtungen aber möglich, jedoch nur unter Berücksichtigung dessen, was aus naturschutzrechtlicher Sicht machbar sei. Insofern bestehe kaum ein Unterschied zur derzeitigen Situation.

4.5 Auswirkungen auf die biologische Vielfalt

Abg. **Thomas Krüger** nimmt Bezug auf die Stellungnahme des Bauernverbandes Ludwigslust, wonach

„... die Errichtung von Kernzonen, in denen jegliche wirtschaftliche Nutzung ausgeschlossen werden soll, ... mit Sicherheit mit einem Rückgang der biologischen Vielfalt verbunden (sei)“.

Er bitte die Verfasser sowie den NABU um eine Erläuterung dieser Feststellung.

GF **Harald Elgeti** führt aus, dass die Pflanzen und die Tiere ganz unterschiedliche Ansprüche an ihre Lebensbedingungen hätten. Schränke man die Nährstoffversorgung durch Restriktionen bei der Düngung ein, so könnten sich darauf angewiesene Pflanzen nur noch suboptimal ernähren. Beispiele dafür gebe es aus dem Nachbarland Niedersachsen, wo die mineralische Düngung seit mehreren Jahrzehnten untersagt sei. Dort sei ein „dramatischer Rückgang“ der Artenvielfalt belegt. Momentan wird sehr intensiv überlegt, wie diese Entwicklung aufgehalten werden könne.

Ref.‘in **Manuela Heberer** hält dem entgegen, dass sich in Lebensräumen, die sich selbst überlassen seien, vielfältige Strukturen herausbildeten. Beispiel dafür seien sich in wenig genutzten Wäldern herausbildende Totholzbestände, die bei einer forstwirtschaftlichen Nutzung ausgeräumt würden. „Im ersten Moment“ könne der Eindruck entstehen, dass bestimmte Arten verschwinden würden. Letztlich schafften diese Strukturen jedoch Lebensräume für andere Arten, die vielleicht sogar schon erloschen gewesen seien und nun wieder zuwanderten. Langfristig sei von einer größeren Biodiversität auszugehen als bei intensiver Bewirtschaftung.

Abg. **Burkhard Lenz** merkt an, dass die bereits bestehenden Schutzgebiete als Teile der Kulturlandschaft aus bestimmten Gründen – Vorkommen bestimmter Tier- und Pflanzenarten sowie landschaftlicher Gegebenheiten – ausgewiesen worden seien. Wenn nun die Bewirtschaftung in der Kernzone vollständig sowie in der Pflegezone teilweise aufgegeben werde, könne man seiner Ansicht nach nicht von einem Erhalt der Artenvielfalt reden, wenn der Schutzgrund „verschwinde“. Vielmehr sollte dann

von einer Änderung der Artenvielfalt die Rede sein. Gegebenenfalls seien deshalb andere Regelungen zu treffen. Aus eigener Erfahrung mit dem Leben in einem Schutzgebiet auf der Insel Rügen wisse er, dass Arten, die zur Unter-Schutz-Stellung eines Gebietes geführt hätten, im Nachgang verschwunden seien.

Ob die Nichtnutzung einer Fläche zu einer höheren biologischen Vielfalt führe, so GF **John Booth**, sei gegenwärtig „hochumstritten“. Die Aufgabe der forstlichen Nutzung sei unter dem Aspekt des Klimaschutzes eher negativ zu bewerten, weil dadurch Kohlendioxid freigesetzt werde. Kulturfolger würden benachteiligt, während andere Arten bevorzugt würden.

4.6 Auswirkungen auf die Immobilienwerte im Biosphärenreservat

Abg. **Dr. Ursula Karlowski** gibt den Hinweis, dass der Wert einer Immobilie durchaus ansteigen könne, wenn diese innerhalb eines Biosphärenreservates liege. Ihr sei bekannt, dass zahlreiche Verkaufsanzeigen in Tageszeitungen damit werben würden, dass das Grundstück in einem Biosphärenreservat liege.

Abg. **Burkhard Lenz** merkt an, dass es aufgrund des Nutzungsverbot in der Kernzone für dort liegende Grundstücke keinen Verkehrswert gebe. Deshalb sei vorstehende Fragestellung lediglich für die Pflege- und Entwicklungszone relevant.

GF **John Booth** äußert, dass es für einen Landwirt am Schaalsee aufgrund der dort bestehenden Vorkaufsrechte für die Stiftung „Schaalsee-Landschaft“ schwierig sei, landwirtschaftliche Flächen zu veräußern oder zu erwerben. Ein dem Schutzstatus unterliegendes Preisgefüge sei darum nur mit Schwierigkeiten auszumachen, zumal eine Vielzahl weiterer Faktoren auf die Immobilienpreise einwirke. Er persönlich würde als Landwirt nicht den Kauf von Flächen anstreben, die mit dem Schutzstatus eines Biosphärenreservates versehen seien. Aufgrund der Beschränkungen würden landwirtschaftliche Immobilien eher weniger wert als außerhalb des Biosphärenreservates. Zu bebauten Grundstücken wolle er keine Aussagen treffen; dort sei „alles offen“.

Landrat **Rolf Christiansen** erklärt, er könne zu der Frage der Immobilienpreise keine Aussagen treffen. Der Wert eines Wassergrundstückes steige automatisch – unabhängig davon, ob dieses in einem Biosphärenreservat liege oder außerhalb. Er verkenne nicht, dass durch finanzkräftige Investoren „ein gewisser Druck auf die Preise attraktiver Immobilien oder Grundstücke ausgeübt werde“.

5. *Kompensation von Nutzungseinschränkungen/Bewirtschaftungerschwernissen*

- *über „Greening“ und AUM*

Abg. **Dr. Ursula Karlowski** äußert, dass der Status eines Biosphärenreservates besondere Fördermöglichkeiten im Rahmen von EU-Programmen sowie durch das Land eröffne. Sie möchte wissen, wie diese Optionen im BR „Schaalsee“ genutzt worden seien und inwieweit deren Anwendung auf das BR Flusslandschaft Elbe möglich sei. Ihrer Auffassung nach könnten Nutzungseinschränkungen über Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER) kompensiert sowie zusätzliche Fördermittel für die Landwirte akquiriert werden.

Vors. **Jörg Haase** erläutert dass Fördermaßnahmen generell einem Kumulationsverbot unterlägen, sodass eine Förderung die andere ausschließe. Dadurch „torpedierten“ sich Förderinstrumente der 1. Säule des Gemeinsamen Agrarpolitik [Direktzahlungen, ab 2014 an das „Greening“ = Maßnahmen auf ökologischen Vorrangflächen (5 % des betrieblichen Ackerlandes) gebunden] und der 2. Säule [Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, namentlich Agrarumweltmaßnahmen (AUM)] gegenseitig. Vergleichbares sei in Bezug auf die angesprochenen Förderoptionen ebenfalls zu befürchten.

- „dynamisierte“ Entschädigung schwierig

Abg. **Udo Pastörs** erfragt, ob es Erfahrungen gebe, wie wirtschaftliche Beschränkungen dynamisch entschädigt werden könnten. Wirtschaft sei immer eine dynamische Angelegenheit, sodass Einmalzahlungen kaum geeignet seien, einen Ausgleich herbeizuführen. Er vermisse diesbezüglich weiterführende Regelungen im § 10. Von Interesse sei, nach welchen Kriterien eine dynamische Entschädigung vorstellbar wäre, damit die Landwirte eine belastbare Kalkulationsgrundlage hätten.

GF **John Booth** entgegnet, er halte die Ausgestaltung eines solchen Entschädigungsmodells deshalb für relativ schwierig, weil gesetzliche Regelungen ein gewisses Maß an Abstraktheit aufweisen müssten. Es erachte es als außerordentlich schwierig, ein System zu implementieren, wonach schon im Gesetz die Höhe der Entschädigungen für gewisse Einschränkungen/Maßnahmen geregelt werde. Das sei allenfalls im Rahmen einer Verordnung möglich, in der Einzelatbestände abstrahiert bewertet werden könnten. Darin bestehe eine grundsätzliche Schwierigkeit bei ordnungsrechtlichen Instrumentarien. Erst werde das Problem per Gesetz geschaffen und dann müsse der Beeinträchtigte, der eine unzumutbare Einschränkung erlitten habe, einen Ausgleich erstreiten. Dem werde oftmals entgegengehalten, dass der Schaden nicht ausgleichspflichtig sei oder dass es für diesen Zweck keine finanziellen Mittel gebe. Darum hätten alle Beteiligten den Wunsch, vom Ordnungsrecht wegzukommen und ein moderneres System des Vertragsnaturschutzes einzuführen, innerhalb dessen vertragliche Regelungen getroffen würden, wie viel Geld ein Landwirt bekomme, der seine Flächen beispielsweise nicht mehr entwässere. Ein solches Regelwerk wäre transparent und würde Akzeptanz schaffen.

6. Zonierung des Biosphärenreservates

- *Zulässigkeit von Kernzonen mit Munitionsverseuchung*

Abg. **Udo Pastörs** richtet die Frage an die Stadt Lübtheen, inwieweit es überhaupt den geltenden Richtlinien für Biosphärenreservate entspreche, munitionsverseuchte Flächen als Kernzonen auszuweisen.

Bürgermeisterin **Ute Lindenau** erklärt, dass die Suchräume für die Bestimmung der Kern- und Pflegezonen bereits ausgewiesen seien. Daher gehe sie davon aus, dass als Kernzone auch munitionsbelastete Flächen infrage kämen. Sie mutmaßt, dass von den dafür zuständigen Stellen die rechtliche Zulässigkeit geprüft worden sei.

- *Inanspruchnahme von Flächen der öffentlichen Hand für das Biosphärenreservat*

Abg. **Burkhard Lenz** erbittet von den Sachverständigen eine Positionierung, ob die Ausweisung der Kern-, Pflege- und Entwicklungszonen nach naturschutzfachlichen oder eigentumsrechtlichen Kriterien („Kernzone auf landeseigenen Flächen“) erfolgen solle.

GF **John Booth** unterstreicht, dass sich das Zonenregime nach den objektiven Anforderungen zu richten habe, die an die jeweilige Zone zu stellen seien. Diese Vorgaben würden sich aus den Vorgaben der UNESCO sowie den geltenden Gesetzen ergeben. Die Frage, wessen Eigentum die Fläche sei, spiele dabei eine untergeordnete Rolle. Dessen ungeachtet sei es positiv zu bewerten, dass privates Grundeigentum „geschont“ werden solle. Wenn man die Wahl hätte, öffentliches oder privates Eigentum zu nutzen, dann wäre dem Eigentum der öffentlichen Hand der Vorrang zu geben. Es sei eigentlich der naturschutzfachlich falsche Weg, erst zu schauen, wo es Grundstücke des Landes gebe, und dann eine Pflege- und Entwicklungszone herumzulegen. Diese Verfahrensweise „hafte dem Gesetz als Makel“ an. „Naturschutz sei eine Fachsache und keine Eigentumsgeschichte.“ Er hebt hervor, dass man zwischen den Anforderungen, die die UNESCO stelle, und denen des BNAtSchG trennen müsse. Letzteres schreibe die Zonierung vor. Wenn

man nach nationalem Recht ein Biosphärenreservat errichten wolle, dann sei ein Zonenregime zu implementieren, in dessen Kerngebiet jegliche Nutzung zu unterbleiben habe. Im Grunde genommen müsste das Gesetz auf den Erhalt des Status quo hinwirken und dessen Fortentwicklung ermöglichen. Stattdessen greife das Gesetz „sehr erheblich zum Nachteil vieler Belange“ in den gegenwärtigen Zustand ein.

Ref.'in **Manuela Heberer** pflichtet dem Vorredner bei, dass grundsätzlich „Naturschutz vor Eigentum“ gehe. Mit dem stillgelegten Truppenübungsplatz befinde man sich aber in einer glücklichen Situation, über eine anderweitig nicht nutzbare Fläche verfügen zu können, die zudem ein großes naturschutzfachliches Potenzial besitze, wenn es als Kernzone ausgewiesen werde. Sofern diese Option nicht realisierbar sei, könnten gegebenenfalls Flächen des Nationalen Naturerbes (NNE) herangezogen werden.

Auf die Frage von Abg. **Udo Pastörs**, ob analog zur Kernzone staatliche Flächen auch als Pflegezone genutzt werden könnten, entgegnet Bürgermeisterin **Ute Lindenu**, dass an den Flüssen Rögnitz und Sude bereits „alte“ Pflegezonen beständen. Im Bereich der Stadt Lübtheen gebe es kaum Flächen in der Pflegezone. Lediglich in geringem Umfang befänden sich Teilflächen der Agrarproduktion Lübtheen e. G. in der Pflegezone.

7. Biosphärenreservatsverwaltung

- *Bindung an Recht und Gesetz verhindert „Willkürentscheidungen“*

Abg. **Udo Pastörs** verweist darauf, dass es sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in anderen Bundesländern außerhalb von Biosphärenreservaten Regionen mit „wunderschönen Natur- und Kulturlandschaften“ gebe, die eine große Anziehungskraft auf Touristen ausübten. Andererseits sei auf Konflikte zwischen ortsansässigen Bürgern und Landwirten sowie der Reservatsverwaltung hingewiesen worden. Er möchte wissen, ob die Gefahr gesehen werde, dass – zum Teil „ideologisch motiviert“ – die Landwirte durch das AfBR ganz massiv durch von diesem selbst geschaffene „Kompetenz-Kompetenzen“ sehr große Nachteile gegenüber dem erleiden könnten, wenn die Zuständigkeit für das Biosphärenreservat bei den unteren Naturschutzbehörden der Landkreise belassen würde.

Vorstandsvors. **Rolf Christiansen** erklärt, es entziehe sich seiner Beurteilung, ob die zuständige untere Naturschutzbehörde beim Landkreis oder beim Amt für das Biosphärenreservat in Bezug auf touristische Fragen unterschiedlicher Auffassung seien. Beide Behörden hätten sich aber an Recht und Gesetz zu halten und unterlägen dem „Willkürverbot“. Unter touristischen Gesichtspunkten sehe er diesbezüglich keine Probleme. Er verweist darauf, dass seinerzeit bezüglich der Ausbaubreite einer Kreisstraße in der Schaalsee-Region Einvernehmen mit dem AfBR bestanden habe. Probleme hätten lediglich die Umweltverbände gesehen, die letztlich mit ihrer Androhung, gerichtliche Schritte gegen das Vorhaben einzuleiten, den Ausbau zu einer normgerechten Kreisstraße verhindert hätten. Er unterstreicht, dass „alles Negative“ – ungeachtet dessen, dass es viele andere Akteure in den Regionen gebe – der Biosphärenreservatsverwaltung angelastet werde.

- *Doppelzuständigkeit Kreisverwaltung - AfBR*

Abg. **Burkhard Lenz** gibt den Hinweis, dass es auf dem Gebiet des Landkreises Ludwigslust-Parchim nunmehr zwei untere Naturschutzbehörden (die bei der Kreisverwaltung angesiedelte untere Naturschutzbehörde sowie das Amt für das Biosphärenreservat) gebe. Von Interesse sei, ob die öffentliche Verwaltung durch diese Aufgabenteilung kleiner geworden sei.

Landrat **Rolf Christiansen** äußert, dass sich aus den Sparzwängen heraus die untere Naturschutzbehörde des Landkreises ständig verkleinere. Naturgemäß seien Aufgaben der Kreis-UNB auf das AfBR übergegangen. Dadurch seien selbstredend Kapazitäten freigeworden. Aus seiner Sicht gebe es keinen Unterschied im Aufwand zur Bearbeitung von Anträgen. Er informiert, dass in den zurückliegenden fünf Jahren für den Innenbereich 133 Anträge gestellt worden seien, von denen das AfBR nur 7 abgelehnt habe. Die Zahlen für den Außenbereich seien entsprechend 96 und 9.

Abg. **Prof. Dr. Fritz Tack** stellt die Frage nach den sich aus der Rückübertragung von Aufgaben von einer kommunalen Gebietskörperschaft auf das Land resultierenden Vorteilen.

Landrat **Rolf Christiansen** äußert, dass es im Falle der Ausweisung eines Biosphärenreservates „Sinn mache“, alle behördlichen Zuständigkeiten auf das AfBR zu konzentrieren. Dadurch werde die Behördentätigkeit – wie das Amt für das Biosphärenreservat „Schaalsee“ gezeigt habe – wesentlich vereinfacht und effektiver gestaltet.

8. Bewertung der „vorgelagerten Öffentlichkeitsbeteiligung“

Abg. **Dr. Mignon Schwenke** betont, dass die Fraktion DIE LINKE bereits während der Diskussionen zu dem Ressortentwurf das Gespräch mit den Interessengruppen vor Ort gesucht habe. In der laufenden Anhörung hätten alle Sachverständigen gerügt, dass „die Bevölkerung und die Betroffenen (bei der Erarbeitung es Gesetzentwurfes) nicht mitgenommen worden seien“ und es kein Aufeinander-Zugehen von Befürwortern und Gegnern des Gesetzentwurfes gegeben habe. Ihr Eindruck sei ein anderer gewesen: Es habe zahlreiche Diskussionsrunden vor Ort mit vielen Betroffenen gegeben; die gegensätzlichen Positionen hätten sich angenähert und es seien auch Zugeständnisse gemacht worden.

Landwirt **Peter Guhl** erklärt, die Menschen vor Ort seien inzwischen hinsichtlich der aus dem Gesetzentwurf erwachsenden Einschränkungen sensibilisiert und reagierten mit Unverständnis darauf. Die Diskussionen in der betroffenen Region seien zu einem großen Teil aufgrund von Eigeninitiativen vor Ort zustande gekommen. Dass sich die Bürgerinnen und Bürger nicht „mitgenommen“ fühlten, liege an der Vielzahl von Einschränkungen, die auf die Menschen zukommen sollen. Bis dato fehle „jegliche Aussicht auf einen tatsächlichen Vorteil für die in der „Flusslandschaft Elbe“ lebenden Personen. Bisläng hätten die Verfasser des Gesetzentwurfes nicht glaubhaft darstellen können, dass für eine größere Gruppe von Menschen in der Region ein tatsächlicher Vorteil entstehe.

Abg. **Dr. Ursula Karlowski** erklärt, dass ihres Wissens im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens eine „beispielgebende Öffentlichkeitsbeteiligung“ gelaufen sei, die „ein weites Feld an Diskussionsräumen eröffnet“ habe. Ausgehend davon sehe sie den vorliegenden Gesetzentwurf auch „beispielgebend“ und wesentlich stärker auf Kompromisse ausgerichtet, als das bei vorangegangenen Entwürfen der Fall gewesen sei.

Vorstandsvors. **Rolf Christiansen** äußert, dass es zur Beteiligung der verschiedenen Ansprechpartner in der Region eine ganze Reihe von Veranstaltungen gegeben habe. Dabei habe Minister Dr. Till Backhaus die Grundzüge des Gesetzentwurfes persönlich erläutert. Es verstehe sich von selbst, dass einige der Akteure mit den

Ausführungen nicht zufrieden gewesen seien. Das sei in einem Gesetzgebungsverfahren „ganz normal“. Es gebe immer wieder Vertreter, die die getroffenen Festlegungen aus ihrer Sicht nicht akzeptieren könnten, weil sie Einschränkungen befürchteten. Während man die Gespräche seiner Wahrnehmung nach zunächst „sehr emotional und sehr verhärtet“ geführt habe, seien sie danach „viel moderater“ geworden, weil etliche Kritikpunkte während des Gesetzgebungsverfahrens hätten abgestellt werden können. Er unterstreicht, dass „ein Beteiligungsprozess dagewesen ... (sei), wie man ihn in anderen Bereichen nicht unbedingt kenne“.

9. Zusammenfassung

Vors. **Prof. Dr. Fritz Tack** bittet die Sachverständigen abschließend, kurz darzulegen, welche Aspekte ihnen im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsverfahren als besonders wichtig erschienen.

Vizepräs. **Detlef Kurreck** erklärt, der Landesbauernverband sehe das Ziel des Gesetzes zwar als akzeptabel an, halte die gewählten Mittel jedoch nicht für angemessen oder notwendig. „Die Packung verspreche mehr als der Inhalt garantiere.“

Vors. **Jörg Haase** äußert nach der Problemlösung sei Gemeinsamkeit gefragt: Alle Akteure sollten aufeinander zugehen und „die Demokratie nicht vergessen“: Wenn man die im Biosphärenreservat lebende Bevölkerung „mitnehme, dann werde das Ziel auch erreicht.

GF **John Booth** merkt an, dass das Oberziel des Erhalts der Anerkennung als UNESCO-Biosphärenreservat wünschenswert sei. Der vorliegende Gesetzentwurf sei dafür zwar geeignet, „überziehe jedoch weit“. Ein anderes Gesetz mit modernen Regelungsinstrumenten, das die Bevölkerung transparent einbinde, sei viel zielführender als dieser „weit über das Ziel hinausschießende, ordnungsrechtlich geprägte Gesetzentwurf“.

Vors. **Dietrich Groth** bekräftigt, dass eine adäquate gesetzliche Regelung den Einklang von Mensch und Natur herausstellen müsse. Sowohl die Kommunen als auch die ortsansässigen Betriebe müssten die Möglichkeit haben, sich „nach vorn“ zu entwickeln.

GF **Harald Elgeti** verweist auf die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger an die Politik, dass ein Gesetz mit dem vorliegenden Inhalt, das von der überragenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werde, nicht Rechtskraft erhalte.

Landwirt **Peter Guhl** führt aus, dass es keinen Grund zur Eile gebe, den Gesetzesentwurf „überstürzt“ zu verabschieden. Vielmehr sollte die zur Verfügung stehende Zeit bis zur nächsten Evaluierung des Biosphärenreservates genutzt werden, alle Vor- und Nachteile gegeneinander ehrlich abzuwägen und dann nach bestem Wissen und Gewissen Entscheidungen bei einer weiterer Beteiligung der Betroffenen zu treffen

Landrat **Rolf Christiansen** erklärt, der sensible Naturraum der „Flusslandschaft Elbe“ unterliege schon jetzt dem Schutz als Landschafts- und Naturschutzgebiet. Insofern werde es gegenüber dem derzeitigen Zustand kaum Veränderungen geben. Wichtig sei, dass das „Label Biosphäre“ langfristig gesichert werde. Wenn man ein Biosphärenreservat mit einer entsprechenden Verwaltung errichte, dann sollte diese für beide Gebiete – die „Schaalsee-Region“ und die „Flusslandschaft Elbe“ – in einer Hand zusammengeführt werden. Für ihn gingen von dem gesetzlichen Auftrag viele Vorteile für die Regionalentwicklung aus.

Vizepräs. **Wilfried Röpert** unterstreicht, dass die Einbeziehung der Kompetenz der jagdlichen Praxis gewahrt bleiben müsse. Für den Fall, dass die Zuständigkeit für jagdliche Aufgaben auf das AfBR übergehe, seien diesbezügliche Entscheidungen im Einvernehmen mit der unteren Jagdbehörde des Landkreises zu treffen. Ein „Benehmen“ werde nicht als ausreichend angesehen.

GF **Jüßen Behrens** äußert, es sei hoher Wert auf Fachkompetenz, das Mitnehmen der Menschen vor Ort sowie die sozio-ökonomische Entwicklung zu legen.

Ref.'in **Manuela Heberer** erklärt, der NABU trete mit Nachdruck für den Statuserhalt des UNESCO-Biosphärenreservats sowie für einen länderübergreifenden Schutz dieses wertvollen Naturraums ein, der mit einer nachhaltigen Entwicklung der Region einhergehen müsse.

Bürgermeisterin **Ute Lindenau** begrüßt, dass während der Anhörung nochmals alle Argumente für und wider ausgetauscht worden seien. Diese sollten gründlich gegeneinander abgewogen werden. Ihr Wunsch sei es, unter Einbeziehung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lübtheen zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, die Mensch und Natur gleichermaßen diene.

Vors. **Prof. Dr. Fritz Tack** äußert zusammenfassend, dass eine Vielzahl von sich teilweise auch widersprechenden Meinungen dargestellt worden sei. Vor dem Ausschuss liege die große Aufgabe, möglichst zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Er dankt den Bauernverbänden Nordwestmecklenburg sowie Ludwigslust für die Einladung zu einem Besuch der Region. Er werde am Rande der kommenden Landtagssitzung das Gespräch mit den Obleuten der Fraktionen zur Klärung eines möglichen Termins suchen. Seiner Auffassung nach sei ein Vor-Ort-Termin dringend geboten, damit sich der Ausschuss selbst ein Bild machen könne.

Ende der Sitzung: 12.13 Uhr

Dr. Rö/Ja

Prof. Dr. Fritz Tack
Vorsitzender